

Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1949 bis ...

Band 12

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

Band 12/117

Vom Naturrecht zum Pseudo-Recht der totalitären Neuen Weltordnung (NWO), Teil 3

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. November 2018 (x887/...): >>>Legalisierung der Masseneinwanderung

Unterzeichnung des "Globalen Pakts für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" am 10. Dezember

Am 10. Dezember werden die Vertreter von rund 190 Staaten der Welt, also fast aller, im marokkanischen Marrakesch ein Dokument unterzeichnen, das den Titel trägt: "Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration".

Daß unter den Staaten, die ihre Zustimmung bereits bekundet haben, auch Deutschland zu finden ich, kann nicht verwundern.

Schließlich darf sich Kanzlerin Angela Merkel schmeicheln, durch ihre Grenzöffnung für jedermann im Jahre 2015 die Blaupause für den Pakt der UN geliefert zu haben. Was Merkel vor drei Jahren gegen deutsches Recht und Gesetz gemacht hat, soll nun rückwirkend durch UN-Beschluß die Weihen der Rechtlichkeit erhalten. Man darf getrost unterstellen, daß damals die deutsche Grenzöffnung in der Führungsetage der UN mit Wohlgefallen, aber wahrscheinlich ohne große Überraschung beobachtet worden ist. Sie war Merkels persönlicher Beitrag zur Globalisierung, und daß nun darauf die Dokumentierung von Marrakesch folgt, darf man in engem Zusammenhang und nicht als Zufall sehen.

Ein Unterschied zwischen 2015 und dem 10. Dezember 2018 allerdings ist vorhanden. Während die damalige Grenzöffnung als spontane, philanthropische Entscheidung der Kanzlerin dargestellt wurde, trägt der Pakt der UN alle Kennzeichen einer durchdachten Strategie. Das beginnt mit dem Titel des Werks. Da ist die Rede von einer "sicheren, geordneten und regulären Migration". Das heißt nichts anderes, als daß allen Immigranten die Schwierigkeiten und Fährnisse, die ihnen begegnen könnten, aus dem Weg geräumt werden, daß dafür ein System eingerichtet wird, daß für die versprochene Ordnung sorgt, und daß ein Recht auf Immigration gesetzt wird.

Tatsächlich beruft sich der Pakt bereits in der Präambel auf die Menschenrechte sowie eine Vielzahl weiterer internationaler Abkommen, zum Teil solcher, die mit dem Problem gar nichts zu tun haben, wobei den Ansprüchen von Immigranten das Gewicht eines Grundrechts zugesprochen wird. Dazu wird allen Immigranten, das heißt also jedem, der in ein fremdes Land zuwandern will, das Recht der Aufnahme eingeräumt, einschließlich des Zugangs zu den sozialen Einrichtungen des betreffenden Landes. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, auf jede Kontrolle zu verzichten.

Beschrieben wird das wörtlich: "Der Global Compact basiert auf internationalen Menschenrechtsnormen und unterstützt die Prinzipien der Nicht-Regression (Nicht-Zurückweisung) und Nichtdiskriminierung. Mit der Implementierung des Global Compact haben wir die Gewährleistung der wirksamen Beachtung des Schutzes und der Erfüllung der Menschenrechte aller

Migranten, unabhängig von ihrem Status, in allen Phasen des Migrationszyklus." Der unscheinbare Einschub "unabhängig von ihrem Status" bedeutet nichts anderes, als daß auch Wirtschaftsflüchtlinge der Vorteile von politisch Verfolgten, die Asylrecht beanspruchen können, teilhaft werden. Wer keine Dokumente vorweisen kann, erhält keine. Die Staaten werden des Rechts beraubt, ihre Grenzen zu sichern. Damit ist ein wesentlicher Schritt zur Aufhebung der Souveränität der Staaten getan.

Die Autoren des Textes bezeichnen die globale Migration als "Quelle von Wohlstand, Innovation und nachhaltiger Entwicklung". Tatsächlich dürfte diese Regelung dazu führen, daß aus den ärmeren Ländern der Welt so lange Wirtschaftsflüchtlinge in die reicheren ziehen, bis sich der Unterschied ausgeglichen hat, das heißt konkret, bis in Europa solche Zustände herrschen wie heute in den meisten Ländern Afrikas und somit der Anreiz zur Immigration wegfällt. Vorerst aber werden nach dem UN-Pakt Immigranten aller Art als besonders schützenswerte Personengruppe betrachtet.

Diese Auffassung scheint in zwei der klassischen Einwanderungsländer auf grundsätzlichen Widerstand zu stoßen, in den USA und Australien. Sie haben bereits bekundet, daß sie dem Pakt nicht beitreten werden. Auch Ungarn hat angekündigt, seine Unterschrift zu verweigern. In Österreich, Polen und Dänemark ist noch keine Entscheidung gefallen. Daß Widerspruch in Industrieländern und nur in solchen laut wird, bestärkt die Befürchtung, daß diese durch den Pakt Ziel regelloser Ausbeutung werden sollen.

Um aber zu verhindern, daß noch weitere Abweichler auftauchen, erklären die Autoren, daß der Pakt rechtlich nicht bindend sei. Das allerdings ist äußerst zweifelhaft, nicht nur wegen der wiederholten Formulierung "wir verpflichten uns ..." Vor allem der Konnex mit den Allgemeinen Menschenrechten stellt eine Bindungswirkung her, der einen Verstoß gegen den angeblich unverbindlichen Pakt mit einem Bruch der Menschenrechte gleichsetzt. Jedenfalls wird sich kaum ein Land der Gefahr aussetzen wollen, vor den anderen als Unhold dazustehen. Es ist ja gerade diese Furcht, die viele dazu bewegt, überhaupt ihre Zustimmung zu dem Pakt zu geben. Daß die vielen Länder, die unter dem Wohlstandsdurchschnitt der Welt leben, den Pakt befürworten, liegt auf der Hand. Für sie, respektive manche ihrer Bürger, ist er nur von Vorteil, wenigstens vordergründig.

Durch Überbeanspruchung büßt nämlich jedes Sozialsystem seine Leistungsfähigkeit ein, wie das Beispiel Schweden zeigt, wo man lange gemeint hat, Ideologie sei stärker als die Wirklichkeit. Nun hat die Zuwanderung die Schweden von diesem Irrtum geheilt, und auch noch von einem zweiten, nämlich daß man Probleme wie die Zuwanderung allein mit Geld bewältigen könne. Dabei ist langfristig die Belastung durch kulturelle Verwerfungen erheblich größer als wirtschaftliche Schwierigkeiten. Nicht zuletzt die Entwicklung der Kriminalität zeigt das.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. November 2018 (x887/...): >>**Mist, aufgefliegen**

Wie die Ösis Berlins Pläne durchkreuzen, warum Ausländer Rassisten sind, und wieso wir den Italienern eins überziehen müssen

Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Das ist wirklich ärgerlich. Geplant war, den "Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" still und heimlich unterm Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit ins Ziel zu schmuggeln. Bloß keine Debatte! Die könnte ja Fragen aufwerfen, die man nur ausweichend beantworten kann, um die Katze im Sack zu behalten.

Nun liegt dieser gerissene Plan in Trümmern. Es waren, wen darf das noch wundern, mal wieder diese verschlagenen Österreicher. Die haben den Stöpsel gezogen und eine Flut unangenehmer Fragen in die deutsche Öffentlichkeit gespült.

Zuvor hatten sich zwar schon die USA und Australien von dem "Migrationspakt" losgesagt,

der am 10. Dezember im marokkanischen Marrakesch unterzeichnet werden soll. Es folgte Ungarn, und auch in Polen, Tschechien Dänemark, Kroatien, Slowenien und der Schweiz wachsen die Bedenken. Aber wer sind die schon? Alles Rechtspopulisten!

Österreich ist komplizierter - zwar auch irgendwie rechtspopulistisch, aber Sebastian Kurz, der Kanzler in Wien, gilt immer noch als Schwesterpartei der deutschen CDU/CSU, was Ungarns Viktor Orbán höchstens der Form nach noch ist.

Erst als Kurz den Pakt absagte, wurde Berlin wirklich nervös. Dieser Tage wurde es sogar ersten CDU-Politikern zu heiß. CDU-Innenexperte Marian Wendt will, daß die Bundesregierung den Pakt nicht unterzeichnet. Er fordert statt dessen eine "sachliche Debatte". Eine sachliche Debatte, mal ganz was Neues. Für diesen gewagten Vorstoß bringt er immerhin die beste aller Begründungen vor: Weil sonst die Rechtspopulisten den Ton in der Debatte vorgeben. Soll wohl heißen: Wenn die "Rechten" die Angelegenheit nicht öffentlich gemacht hätten, würde man natürlich kein Wort darüber verlieren.

Das Außenamt unter Heiko Maas will gegen "Falschbehauptungen" über den Pakt ins Feld ziehen. Eine solche Falschbehauptung sei, daß der Vertrag zu irgendwas verpflichte. Nun ja, pingelige Textauswerter haben den Text untersucht und 87 Mal die Wörter "verpflichten" oder "Verpflichtung" aufgestöbert. Was Heiko Maas noch lange nicht dazu verpflichtet, irgendwelche Verpflichtungen zuzugeben. Und im Grunde hat er sogar recht. Der UN-Migrationspakt ist mehr so eine Art Rutschbahn, auf der die Staaten Europas und Nordamerikas ganz langsam in die besagte Verpflichtung zur massenhaften Aufnahme von wem auch immer ganz langsam hineinschlittern sollen.

Was ist das große Ziel? Das hat der verstorbene frühere UN-Migrationsbeauftragte Peter Sutherland schon vor Jahren ausgeplaudert: Die nationalen Kulturen Europas sollen überwunden, also quasi ausgehöhlt und eingeebnet werden (die PAZ berichtete). Da das nicht alle gern hören, hat man die Schleichweg-Route mit dem Migrationspakt gewählt.

Entscheidend wird sein, die "sachliche Debatte" von kritischen Einwänden freizuhalten. Da sind wir auf einem guten Weg. Laut dem Gutachten des Staatsrechtlers Dietrich Murswiek für die AfD kann schon die Verwendung des Wortes "Überfremdung" dazu führen, daß einem verfassungsfeindliche Bestrebungen untergejubelt werden. Seien Sie also bloß vorsichtig, was sie laut denken, wenn Sie auf dem Marsch durch Ihren Stadtteil selbst nach 300 Metern noch kein einziges deutsches Wort gehört haben.

Murswiek ist bewußt übervorsichtig. Könnte also durchaus passieren, daß "Überfremdung" doch noch durchgeht. Wenn dem so ist, muß das aber nicht so bleiben. Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen ist ja nun endlich weg. Hoffen wir, daß jemand auf seinen Posten kommt, der die gebotene Strenge im Umgang mit abweichenden Einschätzungen der Lage aufbringt. Dann ist jedenfalls Schluß mit dem "Überfremdungs-Gerede", dann gibt's nur noch Bereicherung, Buntheit und Vielfalt. Oder die ewige Verdammnis.

Es könnte alles ganz herrlich werden nach der endgültigen Austilgung der Falschdenker. Leider lassen unsere schlimmsten Feinde im Kampf gegen den allgegenwärtigen Rassismus einfach nicht locker. Wer diese Feinde sind, wissen wir ja: die Ausländer!

Ob Amis oder Ungarn, Polen oder Tschechen, Russen oder Italiener, Kroaten oder Dänen - wo's undeutsch zugeht, tanzen sie aus der Multikulti-Reihe. Wann sehen diese widerspenstigen Völkchen endlich ein, daß nur wir recht haben und sie uns gefälligst folgen müssen?

Von ihrem schändlichen Kurs lassen sie sich nicht einmal von den frommen Aktivitäten der weltumspannenden Nichtregierungsorganisationen zur Förderung der Massenwanderung abbringen. In Mittelamerika begleitet die Gruppierung "Pueblo sin Fronteras" (PSF) recht eifrig die sogenannte "Karawane" von Emigranten, die durch Mexiko Richtung USA unterwegs ist. PSF bestreitet mit Inbrunst, von Stiftungen des US-Milliardärs George Soros

unterstützt zu werden.

Soros ist Unterstützer der Demokraten und es ist doch ein günstiger Zufall, daß die "Karawane" pünktlich zu den US-Kongreßwahlen in die Schlagzeilen plopte. Das mußte US-Präsident Trump und seine Republikaner wegen ihrer Grenzkontroll-Politik ja notwendigerweise wie Unmenschen aussehen lassen. Selbstverständlich wurden auch die US-Medien mit jenen Bildern armer Emigrantenkinder überschwemmt, welche wir Deutsche noch von 2015 kennen.

Doch irgendwas ist schiefgegangen. Viele Amis haben ganz anders reagiert als erhofft. Natürlich hatten sie Mitleid mit den Leuten da unten. Dennoch waren viel zu viele US-Bürger froh, daß sie Grenzkontrollen haben, deren Sinn ihnen angesichts des Massenzuges wieder sichtbar wurde. So war das nicht gedacht, eine klassische propagandistische Fehlzündung. PSF ringt um den Eindruck, nur humanitär unterwegs zu sein und keinen politisch-ideologischen Stoßtrupp darzustellen, wie die Trumpisten behaupten.

Der Name der PSF lautet ins Deutsche übersetzt indes "Volk ohne Grenzen", was schon heftig auf Weltanschauung (nach dem Motto: Alle Grenzen abschaffen, "no borders, no nations", "Kein Mensch ist illegal" und so weiter) schließen läßt. Waren die armen Leute, die da auf Wanderung gegangen sind, angelocktes Kanonenfutter für eine politische Wahlkampf-Kampagne?

Pfui! Damit so etwas nicht einmal gedacht werden kann, muß der Kampf gegen "Haßreden" noch sehr viel schärfer geführt werden. Nur, was nützt unsere deutsche Standfestigkeit, wenn die Ausländer da draußen immer frecher aus der Reihe tanzen?

So fangen die Italiener (ja, die schon wieder) an, ernsthaft Probleme zu machen. Die haben offenbar die Nase voll vom Euro-Diktat, sie wollen nicht einsehen, daß Massenarbeitslosigkeit, eine in weiten Teilen verwüstete Industrie und unerfüllbare Auflagen nur beweisen, wie sehr die einfachen Italiener von der Gemeinschaftswährung profitiert haben. Statt dessen wächst in ihnen der populistische Ungeist empor, daß eine eigene Währung, die man notfalls abwerten kann, sie flexibler machen würde im Wettbewerb auf dem Weltmarkt.

Aus Rom dringt nunmehr die düstere Kunde, daß sich das Land darauf vorbereite, eine Art nationale Zweitwährung neben den Euro zu stellen. Die würde logischerweise dem Zweck dienen, den schrittweisen Totalausstieg aus dem "Jahrhundertprojekt" einzuleiten.

Da können wir nur hoffen, daß die Euro-Zone nach Ablauf des Ultimatums an Rom nächste Woche härteste Maßnahmen beschließt. Zum Glück haben wir mit Heiko Maas einen Außenminister, der schon als Justizminister gezeigt hat, daß er mit politischen Abweichlern keine Gnade kennt. Der sozialdemokratische Chefdiplomat der Bundesrepublik wird im Ringen mit Rom dafür sorgen, daß das Ansehen und die Beliebtheit Deutschlands völlig neue Höhen erklimmen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. November 2018 (x887/...): >>Ist der GCP wirklich unverbindlich?

Warum der Globale Migrationspakt der UN in seinem Wirkungspotential nicht unterschätzt werden sollte

Während die Kritik an dem Globalen Migrationspakt der UN mit dem nahenden Unterzeichnungstermin am 11. Dezember ständig anschwillt und die Zahl der nicht unterzeichnungswilligen Staaten wächst, bemüht sich die Bundesregierung, beschwichtigend zu erklären, daß der Pakt kein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag sei und auch nicht in die souveränen Rechte der Mitgliedstaaten eingreifen werde. Hat sie Recht?

Es gibt eine Reihe von äußeren Merkmalen, welche die Vermutung nahelegen könnten, daß der sogenannte Globale Pakt für sichere, geordnete und geregelte Migration (GCM, Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration) künftig völkerrechtlich verbindlich sein wird. Dafür würde die Bezeichnung als Pakt ebenso sprechen wie die zahlreichen auf einen

Vertrag hindeutenden Formulierungen mit detaillierten Verpflichtungserklärungen oder die wiederholte Berufung auf Menschenrechtsübereinkommen und die UN-Charta. Es geht jedoch weder um den Titel des Dokuments noch um einzelne Formulierungen.

Die entscheidende Frage ist aus völkerrechtlicher Sicht, ob die Teilnehmerstaaten die Absicht haben, mit diesem Dokument für sich eine völkerrechtliche Verbindlichkeit zu erzeugen. Das ist nicht der Fall, weil dies im Text ausdrücklich verneint wird. Dort heißt es in Paragraph 7, "der Globale Pakt stellt einen rechtlich nicht bindenden Kooperationsrahmen" dar. So wird dieser außerrechtlichen Abmachung nach ihrer Annahme durch die Staats- und Regierungschefs demnach keine völkerrechtliche Verbindlichkeit zukommen. Das bedeutet vor allem, daß im Falle der Verletzung einzelner Regelungen keine völkerrechtlichen Sanktionen folgen und auch die Anrufung eines internationalen Gerichts nicht möglich ist. Man wird nur von einer politisch-moralischen Bindung sprechen können, die schwächer als die völkerrechtliche ist.

Und dennoch sind derartige Dokumente, die einstimmig oder von einer großen Mehrheit der Staatengemeinschaft auch ohne völkerrechtliche Verbindlichkeit angenommen worden sind, in ihrem Wirkungspotential nicht zu unterschätzen. Sie können - wie die internationale Praxis zeigt - auf verschiedenen Wegen eine Eigendynamik entwickeln, die nach einer gewissen Zeit in der völkerrechtlichen Verbindlichkeit mündet. Das gilt allerdings nicht für jene Staaten, die sich der Annahme oder Unterzeichnung widersetzt haben.

Die Bundesrepublik Deutschland würde sich also als Unterzeichnerstaat dieser Dynamik nur schwer entziehen können. Die möglichen Wege dorthin sind vielfältig. So könnte der Globale Pakt zunächst eine Vorstufe, also eine Art "Testlauf" sein, um bei positiver Resonanz als völkerrechtlicher Vertrag zur Unterzeichnung und Ratifikation aufgelegt zu werden. Beispielsweise wurde die Anti-Rassismus-Deklaration der UN von 1963 schon 1966 in die völkerrechtlich verbindliche Anti-Rassismus-Konvention überführt.

Ein anderer Weg wäre, daß der vorliegende Pakt nach einigen Jahren ganz oder in Teilen zu Völkergewohnheitsrecht wird, indem die Teilnehmerstaaten die darin enthaltenen Regelungen als Recht behandeln. Schließlich zeigt das Beispiel der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von 1975, daß auch ein Dokument mit "nur" moralischer Verbindlichkeit eine außerordentlich hohe Bedeutung mit politischer Sprengkraft erlangen kann.

Der Pakt behandelt die Immigration als einen schicksalhaft unvermeidbaren Vorgang, zu dessen Regulierung (nicht Verhinderung) nur an einigen Stellschrauben zu drehen sei. In Wirklichkeit verlangt seine Umsetzung von den europäischen Zielstaaten letztlich den Verzicht auf wesentliche souveräne Rechte. Denn die massenhafte Aufnahme von Wirtschaftsimmigranten, die unter dem Vorwand des Asylbegehrens ins Land kommen und regelmäßig mangels Identitätsfeststellung nicht mehr zurückgeführt werden können, wird im Ergebnis auf einen Bevölkerungsaustausch hinauslaufen.

Entgegen der im Pakt enthaltenen Feststellung, Nutznießer der Immigration seien gleichermaßen die Ausgangs- und die Zielstaaten der Migration, sind die Rechte und Pflichten darin sehr ungleich zu Lasten der westlichen Industriestaaten verteilt. Während die Zielstaaten des Nordens mit konkreten Pflichten überhäuft, beispielsweise dazu verpflichtet werden, den Immigranten erleichterten Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen, zum Arbeitsmarkt sowie zu anderen nationalen Einrichtungen zu gewähren, werden die Mißstände, die in den Ausgangsstaaten die Ursachen für das Verlassen des Landes sind, wie die schlechte Regierungsführung (bad governance), die weitverbreitete Korruption oder das niedrige Bildungsniveau als Hauptgrund für die Bevölkerungsexplosion nicht angesprochen und deren Beseitigung auch nicht angemahnt.

So sind die Ausgangsstaaten der Immigration per saldo die Gewinner des Pakts. Da sie zudem

eine komfortable Zweidrittelstimmenmehrheit in der UN haben, dürften sie ein lebhaftes Interesse daran haben, kraft dieser Mehrheit bald auf die völkerrechtliche Verbindlichkeit hinzuwirken, um dann die Zielstaaten des Nordens im Falle der Nichteinhaltung mit rechtlichen Mitteln zur Verantwortung zu ziehen. Eine Überführung des vorliegenden Pakts in einen völkerrechtlichen Vertrag wäre ohne große Probleme möglich, weil der Wortlaut des Pakts schon jetzt alle notwendigen Ingredienzien einschließlich eines Überprüfungsverfahrens zur Umsetzung des Pakts enthält.

Die potentiellen Verliererstaaten des Nordens können sich dem nur durch Nichtteilnahme entziehen. Vermutlich aber wird Kanzlerin Angela Merkel die Unterzeichnung des Pakts in Marrakesch als "krönenden" Abschluß ihrer Laufbahn als "Flüchtlingskanzlerin" vornehmen. Daß infolgedessen in Deutschland nach etwa zwei Generationen Bedingungen herrschen können, die heute in den Ausgangsstaaten zum Verlassen des Landes führen, wird sie wohl kaum tangieren.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. November 2018:
>>Nach dem Globalen Pakt für Migration legen die UN die nächste Schurkerei auf den Tisch

Von Iris N. Masson

Der heftig umstrittene Globale Pakt für Migration ist noch nicht ratifiziert, da liegt die nächste internationale Vereinbarung zu "Flüchtlingen" auf dem Tisch. Vor einer Woche zauberte der "Dritte Ausschuß der UN-Generalversammlung" in New York einen neuen Pakt aus dem Hut. Federführend ist hier wohl der Vertreter Pakistans, der Vorteile für sein Land herauschinden will. Schließlich zähle dieses zu den Hauptaufnahmeländern von "Flüchtlingen". Ergo sei die Last stärker zu verteilen.

Um genau darum geht's, und 176 Staaten haben bereits für diesen Entwurf gestimmt, der Mitte Dezember, also drei Tage nach Unterzeichnung des UN-Teufelspaktes in Marrakesch, von der UN-Generalversammlung offiziell angenommen werden soll. Einzig die USA wehren sich bislang - wie gehabt -, da auch dieses Abkommen mit ihren souveränen Interessen kollidiere. Der Global Pact for Migration, von dessen fatalem Inhalt bis vor kurzem in Deutschland weder Abgeordnete en detail, geschweige denn die Medien überhaupt Kenntnis hatten, ist längst - und Gott sei Dank - zum Politikum geworden.

Hätte die AfD keinen Antrag im Bundestag eingebracht, diese brisanten Punkte mit verheerenden Auswirkungen für Europa und insbesondere Deutschland zur Diskussion zu stellen, wäre er unter dem Radar und an der Bevölkerung vorbei still unterzeichnet worden. Wobei diese Gefahr noch längst nicht gebannt ist.

Und wieder sind es die Alternativen, die die zweite große Schurkerei der UN zu diesem Thema auf's Tapet bringen, aber leider noch nicht in den Bundestag. Wobei dieser kriminell genug sein dürfte, wie er bislang hinreichend unter Beweis gestellt hat, auch dieses Abkommen klammheimlich zu unterzeichnen - auch wenn es ebensolchen Konfliktstoff birgt wie der Migrationspakt.

Zwar hat man nunmehr die Katze aus dem Sack gelassen und spricht ganz unverhohlen von "Neuansiedlungsprogrammen" anstelle der rührseligen Nummer "Flüchtlingsschutz" und "Steuerung der Migration, um diese einzudämmen" - eine Bezeichnung, für die angebliche Verschwörungstheoretiker inzwischen heftig sanktioniert werden. Aber das macht's nicht besser; im Gegenteil. Das zweite Abkommen sieht unter dem Narrativ "komplementäre Wege", zu denen auch Stipendien, Studentenvisa und reguläre Arbeitsplatzbeschaffung (als Verstärkung der Konkurrenz um Lohndumping) zählen, die geballte Aufnahme von "Flüchtlingen" in Drittstaaten vor. Alles mal wieder nicht bindend? Nicht verpflichtend?

UN fordern Abnahme von "Flüchtlingen" aus Staaten, die bereits viele aufgenommen haben
Schauen wir mal: Das erste Schurkenstück, der Globale Migrationspakt, steht für einen angebe-

lich sicheren, geordneten und regulären Zuzug von - offiziell - rund 258 Millionen Migranten, vor allem "Arbeitssuchenden". (Anstelle des Paktes könnte man aber auch den Trump machen ... oder besser noch die UN verpflichten, ein internationales Abkommen zur Regulierung der verheerenden Überbevölkerung durch radikale Geburtenkontrolle in arabischen Ländern und Afrika zu entwickeln, auch wenn die Afrikaner - Gloria Fürstin von Thurn und Taxis zufolge - "halt gern schnackseln").

Werfen wir nun einen Blick auf den zweiten UN-Pakt, den "Flüchtlings-Pakt": Hier ist die Rede von offiziell anerkannten "Flüchtlingen" und "politisch Verfolgten", für die hauptsächlich der Libanon etwa oder die Türkei die Last tragen. Er soll für mehr Ausgleich (sprich Abnahme der Migranten) sowie "konkrete und praktische Maßnahmen" sorgen.

Will heißen: Die sogenannte Staatengemeinschaft soll "Ressourcen und Sachverstand" (insbesondere der wäre angebracht) bereitstellen, um Aufnahmeländer dabei zu unterstützen, ihre Bildungs- und Gesundheitssysteme für "Flüchtlinge" sowie deren Unterbringungs- und Neuansiedlungsmöglichkeiten zu erweitern. Weiter steht in der 24-seitigen Vereinbarung: "Die Staaten erkennen an, daß Neuansiedlung ein konkreter Mechanismus zur Lasten- und Verantwortungsteilung ist." Es muß nicht hinterfragt werden, wer hierfür der auserkorene Kandidat ist... Ausdrücklich gefordert wird hier die Abnahme von "Flüchtlingen" aus Staaten, die bereits viele aufgenommen haben.

Und damit sich die Aufnahmeländer nicht um Nachschub sorgen müssen, hat sich das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen in seiner unendlichen Güte bereit erklärt, den "Schutzstatus" der Glücksritter vor Ort zu ermitteln und diese dann auf legalem Wege auf die Reise zu schicken. Erstmals ist endlich wörtlich von "Resettlement" (and Replacement) - nichts anderes als "UMVÖLKUNG" - die Rede. Davor haben alternative Journalisten bereits vor Jahren gewarnt, als sie dieses völker- wie kulturvernichtende Pamphlet der UN noch persönlich übersetzen mußten.

Selbstredend besteht hier ebenso wenig wie beim Migrationspakt eine rechtliche Verpflichtung, wie sich das Auswärtige Amt beeilt zu versichern - zumal Deutschland als "sechstgrößtes Flüchtlingsaufnahmeland" und "zweitgrößter Geber" ohnehin "seinen Beitrag" leiste, "daß Bedürfnisse von ‚Flüchtlingen‘ gedeckt werden können". Obwohl "der Pakt Konsequenzen für uns" hat, wie Steffen Angenendt von der Stiftung Wissenschaft und Politik gegenüber "Die Welt" einräumt, sei er dennoch im Interesse Deutschlands: "Es geht darum, die Standards für Flüchtlinge in den Nachbarländern anzuheben."

Da kann man dann natürlich schon mal die der eigenen Bevölkerung aus dem Blick verlieren, zumal hier Summen abgegriffen werden dürften, die sich auf den bereits laufenden Milliardenunterhalt für die mehr als zwei Millionen Versorgungssuchenden in Deutschland auftürmen und den Einheimischen nicht (mehr) zur Verfügung stehen werden.

Der Migrationsexperte Oliviero Angeli von der Technischen Universität Dresden allerdings befürchtet bei diesem zweiten Pakt eine kleine Schwäche: "Es ist nicht ganz klar, wer als Flüchtling betrachtet wird." Mit dieser Furcht steht er nicht allein da, denn diese Kompromißformel könnten arabische, afrikanische und Balkan-Staaten, die das Privileg der Arbeitnehmer-Freizügigkeit genießen, durchaus eigenwillig auslegen: Ihren Männerüberschuß insbesondere aus den Haft- und Irrenanstalten etwa abzuschieben; spart jede Menge Geld. Und, wie sich bereits vielfach gezeigt hat: Es gibt auch "Flüchtlinge", die vor (justiziabel berechtigter) Inkastierung in ihrer Heimat fliehen - vorzugsweise nach Deutschland ... Und nach ihren Schandtaten einen auf "psychisch traumatisiert" machen. ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 24. November 2018 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die UNO (x974/...): >>Weltmacht UNO: antidemokratische

Rechtssetzung von oben

Die UNO schwingt sich immer mehr zur globalen Rechtssetzungsinanz auf. Mittels Erklä-

rungen und "unverbindlicher" Soft Law-Pakts werden individuelle Menschenrechte behauptet, welche sich schleichend als Völkergewohnheitsrecht etablieren. Dieses verdrängt dann das demokratische Recht der einzelnen Staaten insoweit, als es diesem "Völkerrecht" nicht entspricht. Mit dem Migrationspakt der UNO wird dies gerade wieder beispielhaft praktiziert. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also letztlich das der einzelnen Menschen, wird damit insoweit als Grundlage demokratischer Gesellschaften zunehmend zu Gunsten einer sich den Staaten überordnenden UNO-Weltinstanz verdrängt.

Das demokratische Recht

In der Demokratie, die dem Anspruch nach auf der Selbstbestimmung des Menschen beruht, entsteht das Recht aus dem Gerechtigkeitsgefühl der freien Menschen, die im wirtschaftlichen und kulturellen Leben Rechte und Pflichten in Verträgen und in Gemeinschafts-Satzungen vereinbaren, sowie im staatlichen Leben durch ihre Abgeordneten allgemeine öffentlich- und zivilrechtliche Gesetze beschließen. Das Recht geht von unten, von den einzelnen Menschen und in ihrer Gesamtheit vom "sich selbst bestimmenden" Volk aus und bindet Exekutive und Judikative. Das Recht ist demokratisch legitimiert, wenn es sich in dieser Weise von unten nach "oben" aufbaut.

Von der UNO wurde aber schon früh eine zunehmende Praxis eingeleitet, individuelle Rechte des Menschen über das Völkerrecht gleichsam von oben zu initiieren, die für die Völker und Menschen verbindlich sind, auch wenn sie von ihnen selbst in ihren Parlamenten nicht beschlossen wurden. Die Art und Weise, in der das Völkerrecht hier instrumentiert wird, müssen wir uns genauer anschauen, um die Vorgänge in der Politik zu durchschauen.

Ursprünglich sind im Völkerrecht die Rechtssubjekte nicht die individuellen Menschen, sondern die einzelnen Staaten, deren Regierungen miteinander völkerrechtliche Verträge abschließen. So schreibt der Völkerrechtler Ulrich Vosgerau: *"Herkömmlicherweise sind eigentlich Staaten die Rechtssubjekte und Akteure des Völkerrechts; sie bringen ihre Interessen in völkerrechtlichen Verträgen möglichst zum Ausgleich, und die Individualperson ist im Völkerrecht eigentlich "mediatisiert", d.h. sie wird mit ihren Rechten und Interessen von ihrem Staat vertreten, ist aber im allgemeinen nicht selbst Völkerrechtssubjekt."*

Diese völkerrechtlichen Verträge müssen von den nationalen Volksvertretern, den Parlamenten, gebilligt werden, damit das demokratische Legitimationsprinzip von unten nach oben gewahrt bleibt. Verbindlich sind diese vertraglichen Vereinbarungen nur für die Vertragsparteien.

Nun hat die UNO als internationale Organisation, der fast alle Staaten der Welt angehören, die Möglichkeit, die Regierungsvertreter aller Mitgliedstaaten zu versammeln und ihnen zur Verbesserung des allgemeinen Rechtsstandards individuelle Rechte für die Menschen ihrer Völker vorzuschlagen, die dann durch Beschluß oder Erklärung der Generalversammlung allen Staaten zur Übernahme empfohlen werden. Verbindlichkeit erlangen sie nur, wenn und insoweit sie durch die Parlamente einzelner, vieler oder aller Staaten in das jeweilige nationale Recht eingegliedert werden. So weit so gut.

Das Völkergewohnheitsrecht

Die UNO benutzt aber auch das Instrument des aus dem angloamerikanischen Recht stammenden "Soft Law" (weiches Recht), um in von ihr initiierten Übereinkünften (compacts), die ausdrücklich keine völkerrechtliche Verbindlichkeit haben, individuelle Rechtsstandards als Ziele vorzugeben, deren Umsetzung den Staaten, die sich daran beteiligen, weitgehend überlassen bleibt. Dabei wird aber genauer betrachtet die Umsetzung der Ziele als politische Verpflichtung verbindlich vereinbart, während der Modus der Umsetzung unverbindlich sein soll. So üben solche Pakte einen großen Druck aus, auch auf Staaten, die sich daran nicht beteiligen. Denn je mehr Staaten diese Standards über längere Zeit praktizieren, desto sicherer werden sie von Gerichten allmählich als Völkergewohnheitsrechte gewertet, die für alle Staaten,

auch für die Nichtunterzeichner gelten.

Eine solche völkergewohnheitsrechtliche Wirkung haben sogar einseitige Erklärungen der UNO-Generalversammlung, auch wenn sie nicht in einen Soft Law-Pakt eingeflossen sind. Das eindrucklichste Beispiel ist die UN-Menschenrechtsdeklaration. Sie war *"ursprünglich eine rein politisch zu verstehende Absichtserklärung der UN-Generalversammlung ohne jede rechtlich bindende Wirkung."* Doch *"sie erstarkte schon in den ersten Jahrzehnten seit ihrer Verkündung (1948) zu Völkergewohnheitsrecht, und jedenfalls wesentliche Kerngehalte der UN-Menschenrechtsdeklaration - welche genau, ist wie immer umstritten - dürfen heute sogar als ius cogens (zwingendes Recht) angesehen werden."* Das betrifft auch zahlreiche weitere Menschenrechtspakte.

Viele Staaten haben wesentliche dieser Menschenrechte in ihre Verfassungen übernommen, wenn, wie in der Bundesrepublik, solche Grundrechte nicht schon vorher darin enthalten waren. Aber gewohnheitsrechtlich gelten sie in der geschilderten Weise auch für alle anderen Staaten.

Der UN-Migrationspakt

Auch die *"New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten"* der UNO-Generalversammlung vom 19.9.2016, die viele Verpflichtungen enthält, die zur Umsetzung in den UN-Migrationspakt geflossen sind, wird, wie letzterer auch, diese völkergewohnheitsrechtlichen Wirkungen entfalten. Der UN-Migrationspakt stellt sich auch ausdrücklich in den Zusammenhang der Menschenrechtserklärung der UNO, wie um indirekt klar zu machen, daß es um ein neues individuelles Menschenrecht für ungehinderte Migration gehe.

"Schon eine Durchsicht des durchweg höchst komplizierten, oft sprachlich uneindeutig formulierten völkerrechtlichen Instruments ergibt, ... daß der herkömmlicherweise wichtigste und zentralste Aspekt des internationalen Migrationsrechts eigentlich fehlt: nämlich das Recht eines jeden souveränen Staates auf Entscheidung über Ob und Wie eventueller Zuwanderung und auf je eigene Gestaltung des nationalen Zuwanderungs- und Asylregimes.

Unter Umkehrung der traditionellen völkerrechtlichen Betrachtungsweise, nach der gleichberechtigte und souveräne Staaten die wesentlichen Akteure und v.a. auch die Rechtssubjekte des Völkerrechts sind, werden die Rechte der Migranten auf weltweite Wanderung und diskriminierungsfreie Niederlassung in den Vordergrund gestellt; diese sollen die Staaten sicherstellen, was wiederum von Stellen der Vereinten Nationen laufend überwacht werden soll."

"An diesem Programm fällt bereits auf, daß hier mit wesentlichen, bislang prägenden Grundsätzen des Völkerrechts wie auch des nationalen Asyl-, Einwanderungs- und Ausländerrechts gebrochen wird; die UN will im Hinblick auf das Migrationsrecht offenbar ein neues Kapitel der Völkerrechtsgeschichte aufschlagen. ...

Bereits in der New York Declaration (vom 19.9.2016), um so mehr aber im GCM (Global Compact for Migration), erscheinen - ganz in der Konsequenz dieses Ansatzes - eher die Individualmensen, also hier die Migranten, als die eigentlichen Rechtssubjekte mit unmittelbaren Rechten gegenüber der Weltgemeinschaft (d.h. in der Sache wohl eher: gegenüber den entwickelten, industrialisierten Ländern, in die sie gerne einwandern würden!), die Staaten hingegen werden offenbar tendenziell zu lokalen oder regionalen Versorgungsagenturen am Rand des großen Trecks, die manchmal allerdings etwas pflichtvergessen sind."

Im herkömmlichen Völkerrecht, in dem nicht die einzelnen Menschen, sondern die Staaten die Rechtssubjekte sind, sind sie es auch, die über die Einwanderung von einzelnen Migranten, erst recht von größeren Massen, in ihr Hoheitsgebiet entscheiden. Daher, schreibt Dr. U. Vosgerau, *"ist das Ausländer-, Einwanderungs- und Migrationsrecht - auch in ausgesprochenen Einwanderungsländern - immer ein Unterfall des Polizei- und Ordnungsrechts. Der Einwanderungswunsch fremder Menschen zumal aus anderen Kulturkreisen ist immer und zu-*

nächst einmal eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Nur durch die sorgfältige Auswahl der geeignetsten Migranten unter konsequenter Zurückweisung zahlreicher ungeeigneter Kandidaten kann diese Gefahr einigermaßen beherrscht und minimiert werden.

Demgegenüber dreht bereits die New York Declaration - und um so mehr dann der GCM - diese rechtlich-politische Ausgangslage um und geht von einer Art Grundrecht aller Menschen auf weltweite Migration mit allgemeiner Niederlassungsfreiheit aus ("jederzeit und ohne Rücksicht auf ihren Migrationsstatus (d.h. ihren jeweiligen Rechtsstatus)" - "retten, aufnehmen, beherbergen").

Konsequenterweise kommt dann das Konzept der "illegalen Einwanderung" im GCM gar nicht mehr vor (!), es gibt nur noch den "irregulären Zustand" mancher Migranten, dieser wird aber eher als ein Versagen der Aufenthaltsstaaten angesehen, die den Migranten nicht legalisiert haben und dadurch seine Rechte (v.a. auf diskriminierungsfreien Aufenthalt) schmälern."

Das grundlegende demokratische Problem

Wir sehen eine schon sehr weit fortgeschrittene Praxis, durch welche die Staaten, die Schutz- und Sicherheitsorganisationen der Völker, als Rechtssubjekte des Völkerrechts verdrängt werden und an ihre Stelle über alle Grenzen hinweg der internationale Mensch, der rechtlich überall gleichgestellte "Weltbürger" tritt. Zugleich wird das Selbstbestimmungsrecht der Menschen und Völker auf ihre eigene demokratische Rechtssetzung von unten nach oben sukzessive ausgeschaltet und ein "Weltrecht" von oben etabliert.

"In demokratischen Verfassungsstaaten ... wird Legitimität von unten nach oben aufgebaut. Ein Gesetz ist legitim, wenn es, hauptsächlich kraft des verfassungsmäßig vorgesehenen Verfahrens, letztlich als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts eines Volkes angesehen werden kann. Globale Zielvereinbarungen internationaler Organisationen wie eben der GCM stellen dieses Prinzip auf den Kopf. Nach ihrer Konzeption soll eine nationale Migrationspolitik dann legitim sein, wenn sie den übergeordneten, äußerst migrationsfreundlichen Zielsetzungen des GCM entspricht. D.h., dem GCM liegt eher der Gedanke einer allmählichen rechtspolitischen Erziehung der Völker zugrunde, nicht aber deren jederzeitige demokratische Selbstbestimmung."

Hier geschieht etwas Tiefgreifendes, wie U. Vosgerau aufmerksam macht. Das völkerrechtliche Soft Law wird einerseits als harmlos, weil unverbindlich dargestellt, erlangt aber andererseits, auch unter tatkräftiger Mithilfe von NGOs, Aktivisten, Medien und "Zivilgesellschaft" als verbindlicher Standard allmählich gewohnheitsrechtliche Wirkung, an dem die nationale Rechtspraxis zu messen ist. Dies werde schleichend das Rechtsgefühl und das Legitimitätsbewußtsein der Menschen verändern.

Doch nicht nur der Legitimationsgedanke werde sich verändern, sondern auch das Verständnis von der Struktur des Rechts. *"Das Recht internationaler Organisationen - dies sieht man etwa auch im Europarecht - ist zumeist "politisches Recht". D.h., es soll nicht primär die in einer Gesellschaft ohnehin vorfindlichen Rechts - und Gerechtigkeitsvorstellungen zusammenfassen, auf den Punkt bringen und von Widersprüchen reinigen, sondern es soll ein bestimmtes Rechtsgefühl überhaupt erst erzeugen.*

Entsprechend geht der GCM als Rechtstext nicht von Tatbeständen und Rechtsfolgen, sondern von zu erreichenden Zielen aus, die übrigens vielfach einen durchaus utopischen Charakter haben. Damit ähnelt er strukturell dem Planungsrecht. Wo solche zielorientierten Normtexte mit teils utopischem Charakter sich mehr und mehr als 'internationaler Standard', als 'mensenrechtliche Vorgabe der Vereinten Nationen, an denen die nationale Rechtspraxis zu messen ist', durchsetzen (wobei es, wie bereits erwähnt, weniger auf das Handeln der Regierung und staatlicher Stellen ankommt, sondern eher auf die Kommunikation in den Massenmedien), dort verändert sich das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung.

In legitimatorischer Hinsicht gilt dann statt des Satzes:

'Demokratisch legitimiert ist, was aus freien Wahlen hervorgegangene Parlamente beschlossen haben, im einen Land ist es so, im nächsten ganz anders, und Wahlen können die bisher praktizierte Politik schnell ändern' nunmehr:

'Legitimiert ist, was in Übereinstimmung mit den internationalen Vorgaben steht; diese gelten auf der ganzen Welt in gleicher Weise.

Auch die Struktur des Rechts wird unter dem Eindruck internationaler, zielorientierter Regelungswerke immer weniger verstanden. Im Rechts- und Verfassungsstaat gilt eben, und dazu benötigt man keinen GCM:

'Recht ist, wenn an festgeschriebene Sachverhalte klare Rechtsfolgen geknüpft werden. Alle Staatsgewalten sind an das geschriebene Recht gebunden'.

Tendenziell wird daraus:

'Recht ist, wenn das staatliche Handeln den im GCM vorgeschriebenen Zielen dient'.

Ohne also zunächst überhaupt formalrechtlich verbindlich zu sein, trägt der GCM zum Abbau und zur Schwächung des demokratischen und rechtsstaatlichen Bewußtseins der Bevölkerung bei. Er schwächt und verunklart den demokratischen Selbstbestimmungsgedanken."

Ausblick

Das bedeutet, mit dieser unterschwelligem Veränderung des Bewußtseins geht einher, daß keine Verteidigung der Selbstbestimmung, der Freiheit, mehr stattfindet. Das Widerstandspotential bei den Menschen schwindet. Sie werden zu folgsamen Sklaven, wenn nicht gar zu fanatischen Verfechtern eines Weltrechts von oben, ohne daß es ihnen selbst zum Bewußtsein kommt. Dieser Prozeß hat ja bereits weite Teile der Bevölkerung erfaßt.

Die UNO zeigt sich immer deutlicher in der Entwicklung zu einer Weltregierung, die zugleich Weltgesetzgeber ist. Wir stehen inmitten eines Prozesses zu einer totalitären Weltordnung mit einem Völkerrecht als "Weltverfassung", in der alle Menschen als "Weltbürger" überall die gleichen Rechte erhalten und die zahlreichen unterschiedlichen Nationalstaaten allmählich überflüssig werden. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2018 berichtete im November 2018:

>>Globaler Pakt zum Volksaustausch

_ von Amelie Winther

Am 11. Dezember soll in Marokko ein UNO-Abkommen unterzeichnet werden, das bisher illegale Migration legalisieren will. Trump und Orban sind bereits ausgestiegen - und das aus guten Gründen.

Der sogenannte Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration (GCM) umfaßt in der am 13. Juli 2018 von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen - mit Ausnahme der USA und Ungarns - angenommenen Version 34 Seiten. Es wären weniger nötig gewesen, hätte man Wohlfühlfloskeln wie Nachhaltigkeit, Kooperation und Menschenrechte weggelassen. Die wirken einigermäßen grotesk, denn auch Länder wie Saudi-Arabien, deren Menschenrechtsverletzungen mit Händen zu greifen sind, werden den Pakt unterzeichnen. Sie stellen auch die Sicht auf den Kern des Abkommens: Es geht um ein "universales Menschenrecht auf Niederlassungsfreiheit", wie es der Nationalrat der Schweizerischen Volkspartei und Juraprofessor Hans-Ueli Vogt zusammenfaßt.

Bei der wirtschaftlichen Überlegenheit des globalen Nordens ist es nicht schwer, sich vorzustellen, in welche Richtung sich die zu erwartenden Massenwanderungen - und zwar nach der Vorstellung des GCM auf einfacheren, nämlich legalen Routen - bewegen werden. Die UNO spricht von aktuell 250 Millionen Migranten weltweit - tatsächliche Flüchtlinge sind hierbei noch nicht einmal berücksichtigt. Der Druck nimmt allein durch das immense Bevölkerungswachstum in Afrika weiter zu, und viele der dortigen Staatslenker haben ein vitales Interesse an einem international anerkannten Ventil, um den Überschuß an Unzufriedenen und potenti-

ellen Unruhestiftern loszuwerden.

Maulkorb für Kritiker

Die UNO stellt die pauschale These auf, der GCM - ein "internationaler Meilenstein in Sachen Migration" - sei "zum Wohle aller". Solche universalen Heilsversprechen sind mit Vorsicht zu genießen, besonders wenn sie durch eine entsprechende mediale Lenkung der Öffentlichkeit schmackhaft gemacht werden sollen. Ziel 17 des Vertrags betrifft die "Eliminierung jeder Form der Diskriminierung" und die "Gestaltung der Wahrnehmung von Migration". Dazu gehören neben Meldemechanismen für Haßreden oder Gewalt gegen Migranten auch "Sensibilisierung und Schulung von Medienschaffenden zu migrationspezifischen Fragen und Terminologie" sowie die Streichung öffentlicher Zuwendungen für "Medienunternehmen, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung gegenüber Migranten fördern".

Auch wenn der Globale Pakt für Migration die "Achtung der Pressefreiheit" betont: Schon heutige Vorstöße - wie etwa die der selbsternannten Neuen deutschen Medienmacher, die "Armutszuwanderung" als "abwertend" einschätzen, im Begriff "Asylkritiker" einen Euphemismus für "rassistische" oder "rechtsextreme" Meinungen sehen und sogar beim Pronomen "wir" zur Vorsicht raten - zeigen, daß eine sprachliche Steuerung des öffentlichen Diskurses zur politischen Waffe werden kann. Mit Ziel 17 ließe sich rechtfertigen, im Namen der UN kritische oder auch nur skeptische Stimmen zur unbegrenzten Migration zum Verstummen zu bringen.

Unter solchen Argusaugen könnte selbst der anerkannte Philosophieprofessor Julian Nida-Rümelin zur Persona non grata in der Migrationsdebatte werden. Immerhin stellt der Ex-SPD-Kulturstaatsminister fest, daß offene Grenzen das Elend der Welt nicht wesentlich mildern, die Herkunftsregionen weiter schwächen und die sozialen Konflikte in den Aufnahmeländern verschärfen. Auch Paul Colliers Erkenntnisse würden diskreditiert. Der Oxford-Ökonom folgt mit seinem Buch Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen dem wissenschaftlichen Grundsatz, ein Thema "ohne Zorn und Eifer" anzufassen, genügt aber damit wohl nicht den Ansprüchen des GCM, Migration ausschließlich positiv darzustellen.

Er kommt nämlich zu solchen Schlüssen: "Möglicherweise würde eine ständig zunehmende kulturelle Vielfalt nach und nach die gegenseitige Rücksichtnahme untergraben, und die nicht absorbierten Auslandsgemeinden würden an dysfunktionalen Aspekten der Sozialmodelle festhalten, die zum Zeitpunkt ihrer Auswanderung in ihren Herkunftsländern bestimmend waren. Eine andere mögliche Folge einer weiteren Zunahme der Migration bestünde darin, daß kleine, arme Länder wie Haiti, die ihren größten Talenten wenig zu bieten haben, einen immer größeren Verlust von Fähigkeiten erleiden würden: einen Exodus." Dieses Problem des sogenannten Braindrain kommt im Migrationspakt nur am Rande vor.

Handschrift von Davos

Volkswirt Norbert Häring, Redakteur beim Handelsblatt, wies in einem Blogbeitrag vom 21. Juli 2018 auf das dem GCM dienliche "intensive Lobbying der im Weltwirtschaftsforum versammelten internationalen Großkonzerne ..., die hochmobile Arbeitskräfte sehr nützlich finden", hin. Die Ziele des Weltwirtschaftsforums von Davos faßte er so zusammen: "Politische Parteien, die Zuwanderung zu begrenzen und zu kontrollieren versprechen, sind ein Problem. Sie schaden der Wirtschaft. Migration sollte man heute nicht mehr als eine Beziehung zwischen Individuum und Staat verstehen, sondern als Beziehung zwischen Individuum und Arbeitgeber, vermittelt über den Staat. Staat und Zivilgesellschaft sollen in Partnerschaft mit der Privatwirtschaft (sinngemäß) eine Willkommenskultur etablieren.

Beteiligt an der Ausarbeitung des Vertrags war unter anderem die Internationale Organisation für Migration (IOM), die auch regelmäßig in Davos zugegen ist. Deren Generaldirektor William Lacy Swing vertrat dort 2015 die Meinung, daß es "im Moment nicht genug politischen

Mut zur Migration" gebe. Schon im Jahr zuvor hatte er, ebenfalls beim Jahrestreffen der Wirtschaftslobbyisten in dem Schweizer Nobelort, den "Megatrend Migration" als "unumgänglich, nötig und wenn richtig gesteuert, wünschenswert" bezeichnet, um dann die demographische Karte zu spielen: "Während der Norden überaltert, fehlt den Menschen im Süden Arbeit.

Heerzug der Wütenden

Aus diesen Ländern stammen die meisten Flüchtlinge in Afrika



Quellen: UNHCR, Stand 2015

Grafik: COMPACT

Die Austauschmigration (Replacement Migration), von der UNO schon länger in ihren Zukunftsszenarien angepriesen, ist menschenverachtend: Die geburtenstarken Länder im Süden werden zum demographischen Selbstbedienungsladen der reproduktionsschwachen Industrienationen deklariert. Gleichzeitig werden die spezifische Identität der Völker und der innere Frieden der Staaten - siehe Nida-Rümelin und Collier - zur Disposition gestellt, damit die demographische Dividende stimmt. Das hat mit wahrer Humanität wenig zu tun.

Pochen auf Souveränität

Ein weiterer problematischer Aspekt des GCM - von dem niemand sagen kann, ob ihn die EU über kurz oder lang in bindendes Recht ummünzt - ist die fehlende demokratische Legitimation. Weder die, die ihn ausgearbeitet haben, noch die, die ihn am 11. Dezember in Marrakesch unterzeichnen werden, nämlich die Ständigen Vertreter der UN-Mitgliedsstaaten, noch der Inhalt sind von Parlamenten oder gar durch Volksabstimmungen abgesegnet worden. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2018 berichtete im November 2018:

>>**BRD-Sprech: Hilfsorganisation**

_von Manfred Kleine-Hartlage

Wenn in diesen Tagen das Wort "Hilfsorganisation" fällt, darf man getrost darauf wetten, daß damit etwas völlig anderes gemeint ist als noch vor wenigen Jahren, das heißt vor der Entfesselung der aktuellen Völkerwanderung. Damals bezeichnete man als Hilfsorganisationen etwa das Rote Kreuz oder Brot für die Welt - also Vereinigungen, die Menschen halfen, die unverschuldet in Not geraten waren.

In jenen Tagen, als das BRD-Idiom die deutsche Sprache noch nicht so tief durchseucht hatte wie heute, wäre es absurd gewesen, mit diesem Titel Organisationen zu beehren, die selbst erheblich und systematisch dazu beitragen, daß die Notlage überhaupt eintritt, und die oben drein aus Prinzip nur Menschen helfen, die ihre Not selbst herbeigeführt haben.

Heute ist genau dieser absurde Sprachgebrauch gang und gäbe. "Hilfsorganisationen" sind

Organisationen, die auf dem Mittelmeer Migranten einsammeln, um sie in Massen in europäische Länder zu bringen, in denen sie nicht erwünscht sind und für die sie niemals auf legalem Weg eine Einreiseerlaubnis bekommen hätten. Es sind Organisationen, deren Garantie, die Migranten in Europa und nicht etwa in Afrika abzuliefern, wie ein Magnet wirkt, der schon manchen jungen Afrikaner erst dazu veranlaßt haben dürfte, sich in das Boot einer Schlepperorganisation zu setzen.

Es handelt sich um Vereinigungen, deren Daseinszweck die Unterstützung strafbarer Handlungen ist.

Und um auch dies zu erwähnen: Diese Afrikaner sind keine "Flüchtlinge", wie das BRD-Idiom sie nennt: "Flüchtling" ist man nur so lange, bis man das Land verlassen hat, in dem man gefährdet war. Wer dann noch weiterreist, ist kein Flüchtling, sondern ein - gegebenenfalls illegaler - Migrant. Und eine Gruppierung, die ihn bei dieser illegalen Migration unterstützt und damit das Geschäft der Schlepperbanden ankurbelt, ist keine humanitäre Hilfsorganisation, sondern eine Vereinigung, deren Daseinszweck die Unterstützung strafbarer Handlungen ist.

Mit Seenotrettung haben deren Praktiken allenfalls in einem technischen Sinne zu tun. Selbstverständlich hat jeder Schiffbrüchige einen Anspruch darauf, von den Besatzungen vorbeifahrender Schiffe aus dem Wasser gezogen zu werden. Keinen Anspruch hat er aber darauf, in ein Land seiner Wahl gebracht zu werden. Und Organisationen, die systematisch nach Schiffbrüchigen suchen, um ihnen genau den Wunsch zu erfüllen, dessentwegen sie sich überhaupt erst in seeuntüchtigen Fahrzeugen aufs Wasser begeben haben, stiften die Betroffenen in vieler Hinsicht erst dazu an, sich selbst in Seenot zu bringen.

Lassen wir dahingestellt, wie viele Aktivisten tatsächlich aus genuiner Verblendung und irregeleitetem Idealismus handeln. Ich bin sicher, daß es solche Leute wirklich - und immer noch - gibt. Wer aber in das politische Umfeld dieser Organisationen hineinhört, kann unmöglich den autorassistischen Deutschen-, ja Weißenhaß überhören, der dort zum guten Ton gehört. Die Sprache der BRD und ihrer sogenannten oder auch tatsächlichen Linken mit ihrem süßlichen humanitären Gesäusel - "Hilfe" und "Hilfsorganisation", "Flüchtlinge" und "Schutzsuchende" - ist nicht erst deshalb unerträglich, weil sie die menschliche Intelligenz beleidigt, sondern vor allem, weil sie der zynischen Bemäntelung eines kalten Genozids am eigenen Volk dient. Und dabei den Ertrinkungstod von Migranten, die ohne ihre "Helfer" eher zu Hause geblieben wären, kalt lächelnd in Kauf nimmt.<<

Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtete am 2. Dezember 2018 in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" (x955/...): >>**Befehl der Vatikan die Migrantenflutung und damit die Islamisierung Europas? - Papst Franziskus und sein 21-Punkte-Plan?**

Während alle die Verantwortung für den globalen UN-Migrationspakt sowie den UN-Flüchtlingspakt bei den Vereinten Nationen suchen und nun kürzlich ans Tageslicht kam, daß Deutschland maßgeblich als Initiator bei der Ausarbeitung des Migrationspakts gewesen ist, flog bei dieser ganzen Geschichte die ... machtvollste Institution auf Erden eher unter dem Radar. Die Rede ist hier vom Vatikan und seinem Oberhaupt, dem Jesuiten Papst Franziskus. Zuerst einmal zu den weiteren Hintergründen der beiden UN-Pakte.

Anläßlich des "104. Welttags des Migranten und Flüchtlings 2018" veröffentlichte Papst Franziskus am 14. Januar 2018 einen öffentlichen Brief nicht nur an die Glaubens-, sondern an die ganze Weltgemeinschaft. Dieser Brief trägt die Überschrift "Die Migranten und Flüchtlinge aufnehmen, beschützen, fördern und integrieren", der es echt in sich hat!

Mit Bibelversen geschmückt, Jesus Christus als Beispiel voran und an unser menschliches Mitgefühl appellierend, stellte der Papst - höflich, sachlich, aber dennoch zielgerichtet und bestimmend - eine ganze Reihe an Erwartungen an die "politische Gemeinschaft" und die "zivile Gemeinschaft", dessen Beiträge an der Umsetzung der gewünschten Maßnahmen "unver-

zichtbar" seien.

Die 21 Maßnahmen aus dem päpstlichen Dokument wie folgt:

1. Schaffung von Möglichkeiten für eine sichere und legale Einreise in den Zielländern: vor allem durch die 'Gewährung humanitärer Visa', Schaffung von 'erweiterten und vereinfachten Verfahren (Modi)' und die Förderung von Familienzusammenführung.
2. Schaffung von mehr 'humanitären Korridoren für die am stärksten gefährdeten Flüchtlinge', damit diese keine illegalen Wege suchen müßten.
3. Erstellen eines Systems von 'speziellen temporären Visa' für diejenigen, die vor Konflikten in Nachbarländern fliehen.
4. Keine 'kollektive und willkürliche Abschiebung', vor allem nicht in Länder, die 'die Achtung der Würde und die Grundrechte nicht garantieren können'.
5. Immer die persönliche Sicherheit der nationalen Sicherheit vorziehen, die Grenzposten vernünftig ausbilden, damit der erste Empfang der Flüchtlinge 'angemessen und würdig' verläuft.
6. Alternativen zur Haft für diejenigen finden, die illegal ins Land gekommen sind.
7. Im Ursprungsland Lösungen finden, die eine legale Auswanderung zulassen, und so gegen Schlepper vorgehen.
8. Im Ankunftsland 'den Migranten konsularische Hilfe anbieten', das Recht der Flüchtlinge achten, ihre Papiere bei sich zu behalten, Zugang zum Rechtswesen schaffen, die Erlaubnis gewähren, Bankkonten zu eröffnen und ein 'Existenzminimum garantieren'.
9. Im Ankunftsland 'Bewegungsfreiheit und Zugang zu Arbeit sowie Telekommunikationseinrichtungen sichern'.
10. Für alle, die in ihr Land zurückkehren wollen, 'berufliche und soziale Wiedereingliederungs-Programme schaffen'.
11. Minderjährige Flüchtlinge schützen, 'jede Form von Haft vermeiden', Zugang zur Bildung sicherstellen.
12. Jedem geborenen Kind die Staatsbürgerschaft verleihen.
13. Kampf gegen die 'Staatenlosigkeit' von Migranten und Flüchtlingen durch die Schaffung eines 'Bürgerrechts'.
14. Unbegrenzter Zugang von Migranten und Flüchtlingen zu den nationalen Gesundheits- und Rentensystemen und 'Übertragung ihrer Beiträge für den Fall ihrer Rückführung'.
15. Garantie der Berufsfreiheit und Ausübung der Religion für alle im Gebiet anwesenden Ausländer.
16. Förderung der sozialen und beruflichen Integration von Migranten und Flüchtlingen, einschließlich Asylbewerbern - Sicherstellung der Möglichkeit zur Arbeit, Sprachtraining und aktiver Bürgerschaft.
17. Verhindern, daß minderjährige Flüchtlinge ausgebeutet werden.
18. Förderung der Familienzusammenführung - einschließlich Großeltern, Geschwistern und Enkelkindern - 'ohne Rücksicht auf deren wirtschaftliche Kapazitäten'.
19. Mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für Migranten, Flüchtlinge, Asylbewerber mit Behinderungen.
20. Entwicklungsländern, die Flüchtlinge aufnehmen, stärker helfen.
21. Integrieren, 'ohne den Migranten ihre kulturelle Identität zu nehmen', ein 'Angebot der aktiven Bürgerschaft' schaffen, 'Wirtschaftskenntnisse von Sprachkenntnissen trennen', und Flüchtlingen, die länger im Land leben, eine Legalisierung ihrer Verhältnisse anbieten."

Was wir hier also ganz klar und deutlich herauslesen können, ist ein neo-marxistisches Manifest zur grenzenlosen Flutung und Zerstörung Europas mit Migranten, die in die jeweils nationalen Gesundheits- und Rentensysteme gleich von vornherein "unbegrenzt" einwandern dürfen. Das ist mehr als eine schallende Ohrfeige für jeden Einheimischen in Europa, der jahrzehntelang in die Kassen eingezahlt und mit Steuern, Abgaben und behördlichen Drangsalie-

rungen komplett ausgewungen wurde, um am Ende eine Rente zu erhalten, von der er nicht leben und sterben kann - sofern er den Renteneintritt noch erlebt.

Wie "unverbindlich" das als Vorschläge getarnte vatikanische Diktat ist, liest man zum Ende des päpstlichen Dokuments, in dem es heißt:

"Während des Gipfels der Vereinten Nationen, der am 19. September 2016 in New York abgehalten wurde, haben die Verantwortungsträger der Welt klar ihren Willen zum Ausdruck gebracht, sich zu Gunsten der Migranten und der Flüchtlinge zu engagieren, um ihr Leben zu retten und ihre Rechte zu schützen, wobei diese Verantwortung auf weltweiter Ebene geteilt werden soll. Zu diesem Zweck haben sich die Staaten dazu verpflichtet, bis Ende 2018 zwei globale Rahmenwerke (Global Compacts) zu verfassen und zu billigen, einer, der sich den Flüchtlingen widmet und der andere den Migranten."

Jene Länder, die den Migrationspakt nicht annehmen, werden, bis auf die USA als Ausnahme, aber zumindest den UN-Flüchtlingspakt annehmen und umsetzen, der für sich allein schon eine weitere große Flüchtlingswelle gen Europa lostreten wird. Zusammen mit dem UN-Migrationspakt werden wir bereits in den nächsten Monaten und wenigen Jahren Völkerwanderungen biblischen Ausmaßes erleben!

Wenn diese Entwicklung nicht unverzüglich gestoppt und umgekehrt wird, wird Deutschland in ein bis zwei Jahrzehnten mehrheitlich nicht mehr deutsch sein, sondern islamisch. Aus Europa würde dann "Eurabien" werden.

In meinem Buch habe ich aufgezeigt, wie der Vatikan, als reichster Grund- und Immobilienbesitzer auf diesem Planeten, die Menschheit mittels der Geburtsurkunde und der damit verbundenen Schaffung einer juristischen Rechtspersönlichkeit buchstäblich von Geburt bis zum Tode verklavt hat. Wer die Details dazu liest, versteht dann auch die betonende Forderung des Papstes und behördlicher Stellen, alle Migranten zwingend mit gültigen Ausweispapieren ausstatten zu müssen.

Hinter dem Ganzen steht nämlich mehr als die bloße Verhinderung von Identitätsbetrug. In meinem Buch enthülle ich, wie der Jesuitenorden und der "Unheilige Stuhl" die beiden Weltkriege mit inszenierte und das NWO-Projekt "Drittes Reich" als Fortführung des römischen Reichs schuf. Im Buch erfährt man u.a. auch, wie und wofür der Vatikan den Islam erst einst erschaffen hatte. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:

>>**Die Geheimbünde der globalen Eliten**

_von Jürgen Elsässer

Wer steckt hinter der Überflutung Europas durch Massenmigration und allen anderen Weltübeln? Wer diesen Fragen nachgeht, wird schnell als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt. Nun hat der britische Historiker Niall Ferguson den Weg für eine differenzierte Debatte eröffnet.

... 2016 hat er den ersten Band seiner Kissinger-Biographie (*Der Idealist*) vorgelegt, und im Mai 2018 ist im renommierten Propyläen-Verlag sein neuestes Werk *Türme und Plätze. Netzwerke, Hierarchien und der Kampf um die globale Macht* erschienen. "In diesem Buch versuche ich, einen Mittelweg zwischen der Hauptströmung der Historiographie, welche die Rolle von Netzwerken tendenziell unterschätzt hat, und den Verschwörungstheoretikern zu finden, die ihre Rolle gewöhnlich überschätzen."

Die Metapher im Titel weist auf eine Konstellation hin, die systemkonforme Spötter wie Eco nicht begreifen: Spätestens seit dem Mittelalter stehen sich vertikale Hierarchien - damals die dynastischen Staaten, die ihre Herrschaft mit Türmen sicherten - und horizontale Netzwerke - symbolisiert in den Plätzen, wo Händler und gemeines Volk in Kontakt kamen und eigene politische Ansprüche anmeldeten - gegenüber. Während der Adel seine Macht über die katholische Kirche legitimierte, stürmte die entstehende Bourgeoisie mit der Aufklärung gegen die

klerikalen Dogmen.

Der neue Rationalismus fand als wichtigste Träger Geheimbünde wie die Illuminaten und die Freimaurer. Ferguson belegt, daß Letztere die Sezession Nordamerikas von der britischen Krone entscheidend vorangetrieben haben. Denselben Nachweis führte der langjährige FAZ-Redakteur Lorenz Jäger in seinem Buch *Hinter dem großen Orient. Freimaurerei und Revolutionsbewegungen* (2009) für den Sturz der Bourbonen in Frankreich 1789. Auch der italienische Aufstand unter Giuseppe Garibaldi, beweist Professor Aldo Mola, Dozent für Geschichte der Neuzeit an der Universität Mailand, war eine Operation der Freimaurer.

... Es gibt zwar mächtige Netzwerke in Vergangenheit und Gegenwart - aber diese konkurrieren miteinander und zerfallen auch immer wieder. So spalteten sich die Freimaurer schon im 18. Jahrhundert in eine anglophile und eine frankophile Richtung auf. Erstere bekämpfte Napoleon, Letztere unterstützte ihn. Daß der Korse 1798 eine Expedition nach Ägypten unternahm, war militärisch ohne Sinn, sollte ihm aber Legitimation gegen die anglophilen Freimaurer verschaffen: Während diese ihre Tradition auf das Alte Testament, also auf die Juden, zurückführten, suchten die Frankophilen ihre Wurzeln in den Mythen der Pharaonen.

Das Soros-Netzwerk

Dieser Kampf unterschiedlicher Netzwerke prägt auch die Gegenwart. Lorenz weist auf den freimaurerischen Einfluß auf den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy (2007 bis 2012) hin. Doch dieser Einfluß hat ihm wenig genützt: Er verlor sein Amt und war 2017 sogar wegen Korruptionsvorwürfen ("Gaddafi-Gate") in Untersuchungshaft.

Auch die Bilderberger-Gruppe ist nur ein Knoten im globalen Machtnetz, nicht dessen Zentrum. Der auf David Rockefeller und Henry Kissinger zurückgehende Elite-Club versammelt zwar seit 1954 jedes Jahr die einflußreichsten Politiker und Finanzmagnaten des Globus hinter verschlossenen Türen und hat 2005 die Ersetzung von Kanzler Gerhard Schröder durch Angela Merkel befördert.

Aber in den letzten Jahren setzte er bei seinem Politiker-Casting oft auf die Falschen: Der Sozialdemokrat Peer Steinbrück (2011 bei den Bilderbergern) und sein potentieller Koalitionspartner Jürgen Trittin (2012) konnten Merkel bei den Bundestagswahlen 2013 nicht besiegen und verschwanden anschließend in der Versenkung. Nicht besser scheint es Ursula von der Leyen zu ergehen: Obwohl dieses Jahr Gast auf der geheimen Jahreskonferenz, kommt sie aus den Negativschlagzeilen nicht heraus und spielt im Rennen um die Nachfolge der Rautenfrau keine Rolle. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:
>>**Der Pakt: "Nicht bindend"?**

_von Karel Meissner

Das von der UNO vermittelte Abkommen für globale Migration zerstört die Souveränität der Staaten - dabei war diese Souveränität das Fundament der Vereinten Nationen. Wie konnte der Gärtner zum Bock werden?

Wie kann eine Institution, die sich "Vereinte Nationen" nennt, zu einem Rammbock gegen die Nationen werden? Wie kann sie einen Pakt initiieren, der souveräne Nationen verpflichtet, Millionen Fremde aufzunehmen und ihnen dieselben Rechte, Jobs, Gesundheitsversorgung und Renten zu bieten wie den Einheimischen? Genau das ist der Inhalt des Global Compact for Migration, der auf einer UN-Konferenz am 10./11. Dezember in Marrakesch unterzeichnet werden soll.

Man komme nicht mit dem Argument, die UNO sei als Konsequenz aus dem Nationalsozialismus entstanden, und deswegen dürfe niemand "diskriminiert" werden, wenn er illegal Grenzen überschreite. Es stimmt zwar, daß die "Deklaration der Vereinten Nationen" auf die Atlantik-Charta zurückgeht, die US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premier Winston Churchill 1942 im Krieg gegen Hitler-Deutschland entwarfen. Aber deren Prinzip

war ja gerade, die Souveränität der Nationalstaaten, die durch die deutsche Besetzung von halb Europa zerstört worden war, wiederherzustellen.

Diese Souveränität wurde sogar in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen ab 1945 noch respektiert, wenigstens auf dem Papier: Die NS-Führer wurden in erster Linie wegen "Verbrechen gegen den Frieden", also Aggression gegen andere Staaten, angeklagt - aber nie wegen ihrer Innenpolitik bis 1938, auch nicht was die grausame Judenverfolgung anging. Keine Einmischung in innere Belange der Nationalstaaten - das war der eherne Grundsatz der UN. Deswegen gab es auch während des Kalten Krieges nie Resolutionen gegen Diktatoren, egal ob gegen linke wie Mao oder gegen rechte wie Franco, was deren Politik im eigenen Land anging. ...

Die Transformation der UNO

Die neuartigen Zwitterformen internationaler Beratungen - parallel zu den angestammten UN-Gremien und im Unterschied zu diesen mit einem starken Einfluß nichtstaatlicher Pressure Groups in Form der NGOs - spielten nicht nur im Bereich der Klimapolitik eine wichtige Rolle, sondern auch bei der Durchsetzung von Gender Mainstreaming und anderen Dogmen der Achtundsechziger.

Sie sind insgesamt Kennzeichen der Neuen Weltordnung, die sich nach dem Ende der Bipolarität herausgebildet hat. Marguerite Peeters, Direktorin des Instituts für die Dynamik des Interkulturellen Dialogs in Brüssel, hat die Prozesse 2007 für das *Vatican Magazin* untersucht: "Der entscheidende politisch-strategische Faktor zur Durchsetzung der Kulturrevolution war die tatsächliche Kontrolle über die UN-Maschinerie durch NGOs - die Motoren der Revolution - und andere nicht-staatliche Akteure: eine Kontrolle, die sich indirekt über das Sekretariat der UNO auch auf die Mitgliedsstaaten erstreckte. Die NGOs waren die privilegierten Partner des UNO-Sekretariates und seiner Untergliederungen."

Vor diesem Hintergrund kann auch nicht beruhigen, wenn die Bundesregierung in Bezug auf den Migrationspakt hervorhebt, er sei "rechtlich nicht bindend". In schreiendem Kontrast dazu steht ja bereits, daß in dem Text an fast hundert Stellen davon die Rede ist, daß sich die Unterzeichnerstaaten zu einer Aufnahme von Migranten "verpflichten", einschließlich sogenannter Klimaflüchtlinge. Tatsächlich ist es dieselbe Vorgehensweise wie in der Klima- und Genderpolitik: Die Vorgaben sind streng juristisch gesehen zwar nicht einklagbar; aber sowohl mächtige Lobbyorganisationen als auch die linksgerichtete Presse werden sich darauf berufen und Druck machen.

Insbesondere Richter können sofort mit Verweis auf den Migrationspakt - wie bei den Dieselverboten mit Verweis auf die Klimaziele des IPCC - Musterurteile fällen und damit Rechtskonventionen stiften. Man bedenke: Die ebenfalls "nicht bindende" Gender-Resolution der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 wurde innerhalb von zwei Wochen (!) von der EU-Kommission übernommen und eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet, die dieses "Soft Law" dann in allen Mitgliedsländern durchsetzte. Das droht auch bei der Massenmigration. Millionen von Afrikanern sehen dem Vertragsabschluß Mitte Dezember freudig entgegen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:

>>Ghostwriter Soros

_von Daniell Pföhringer

... Weltweite Grenzenlosigkeit und Freizügigkeit - das ist der Traum von George Soros, der vorgibt, Philanthrop zu sein, aber immer nur schnöde Kapitalinteressen verfolgt. Von Humanität und "Migration zum Nutzen aller" sprach auch die im September 2016 von den Staats- und Regierungschefs der UNO beschlossene "New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten", die den Ausgangspunkt des dann unter Federführung Mexikos und der Schweiz ausgearbeiteten Global Compact for Safe, Orderly und Regular Migration (GCM) bildete.

Der Pakt läßt die Grenzen zwischen tatsächlichen Flüchtlingen und sonstigen Migranten verschwimmen, will bislang illegale Migration legalisieren, sieht in interkontinentalen Wanderungsbewegungen grundsätzlich etwas Positives und redet vor allem den Staaten des Westens ein schlechtes Gewissen und eine Verantwortung für das Schicksal der Menschen in den Drittweltländern ein.

Heilsfigur Migrant

... Davon, daß Migration für die Zielländer größtenteils ein Defizitgeschäft darstellt, wollen weder der GCM noch Soros etwas wissen. Letzterer fordert gar, daß jeder der rund eine Million (später reduzierte er die Zahl freundlicherweise auf 500.000) Kostgänger, die die EU in jedem Jahr aufnehmen solle, 15.000 Euro Stütze jährlich erhalten müsse. Eine entsprechende Rundumversorgung zur "Integration" sieht auch der Migrationspakt vor.

"Verbesserung der Verfügbarkeit und Flexibilität der Wege für eine reguläre Migration."

Ziel des GCM

Und nicht nur das. Im GCM heißt es, daß "allen Migranten, denen in Transit- und Zielländern die Freiheit entzogen wird oder werden könnte, Zugang zur Justiz" zu gewähren sei, "unter anderem, indem der Zugang zu einer kostenlosen oder bezahlbaren qualifizierten und unabhängigen Rechtsberatung und -hilfe sowie der Zugang zu Informationen und dem Recht auf ordnungsgemäße Prüfung einer Anordnung zur Freiheitsentziehung erleichtert werden". ...

Freie Fahrt für NGOs

Das wird auch noch an einem anderen Punkt deutlich. In seinem Beitrag fordert der Megaspekulant sichere Reiserouten für Migranten, "darunter zunächst der Weg von Griechenland und Italien in ihre Zielländer". ...

Und was steht dazu im Migrationspakt? Als Ziel Nummer fünf wird eine "Verbesserung der Verfügbarkeit und Flexibilität der Wege für eine reguläre Migration" ausgegeben. Und schon unter Punkt acht verpflichten sich die unterzeichnenden UN-Staaten nicht nur dazu, sogenannte Such- und Rettungsaktionen selber auszubauen, sondern auch private "Seenotrettung" nicht mehr als ungesetzlich zu qualifizieren.

Mit anderen Worten: Dem Treiben der NGO-Schiffe auf dem Mittelmeer, dem Italiens Innenminister Matteo Salvini durch seine Konsequenz und Beharrlichkeit zuletzt einen Riegel vorschieben konnte, soll ein Freibrief erteilt werden. Notabene: Jene NGOs werden maßgeblich von den Open Society Foundations des George Soros unterstützt. Noch Fragen?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/31-34): >>Das Bilderberg-Komplott

_von Daniell Pföhringer

Gibt es eine geheime Weltregierung, die jedes Jahr irgendwo in einem Nobelhotel tagt? Oder was verbirgt sich hinter dem berüchtigten Geheimniskrämer-Klub, der - unter Ausschluß der Öffentlichkeit - den Geldadel mit der Politik zusammenbringt?

Oosterbeek, Ende Mai 1954: In dem kleinen holländischen Ort, etwa fünf Kilometer von Arnhem entfernt, trifft eine illustre Schar im noblen Hotel de Bilderberg ein. Trotz der Prominenz der Gäste - es handelt sich um Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft und Medien - gibt es keinen großen Bahnhof; man will kein Aufsehen erregen, ist bedacht auf Diskretion. Eingeladen hat Prinz Bernhard der Niederlande, erst Hitler-Verehrer, dann Verbindungsoffizier der Alliierten in London. Gemeinsam mit dem Polen Jozef Retinger hat der aus Jena stammende Vater der späteren Königin Beatrix die Konferenz vorbereitet.

Erschienen sind unter anderem der Hamburger Bürgermeister und Sozialdemokrat Max Brauer, Fiat-Chef Vittorio Valletta, der amerikanische Ketchup-König Jack Heinz, der Direktor von JP Morgan, Nelson Dean Jay, Unilever-Vorstand Paul Rijkens - und David Rockefeller, Manager der New Yorker Chase Manhattan Bank. Was auf dem Treffen besprochen wird, bleibt geheim. ...

Die Hand der CIA

Vieles spricht dafür, daß schon auf den ersten Konferenzen Schritte zur sogenannten europäischen Integration geplant wurden - so wie man auch später unterhalb des öffentlichen Radars politische und wirtschaftliche Weichenstellungen vorwegnahm. Der britische Historiker Richard Aldrich, Professor an der Universität Nottingham, schreibt in seinem Buch *OSS, CIA and European Unity*, "daß die Römischen Verträge (die Geburtsurkunde der Europäischen Gemeinschaft von 1957) ihren Ursprung in den Diskussionen bei Bilderberg im Jahr zuvor hatten."

Schon 1948 hatten Allen Dulles, der spätere Chef der CIA, und William Donovan, von 1942 bis 1945 Leiter des CIA-Vorgängers OSS, das American Committee for a United Europe (ACUE) gegründet. Wie der britische Telegraph im Jahr 2000 unter der Überschrift "Euro-Föderalisten von US-Spionen finanziert" berichtete, sponserte dieses Komitee die Europäische Bewegung Retingers. In dem Beitrag heißt es weiter: "Die Finanzierung der ACUE erfolgte durch die Ford-Stiftung und die Rockefeller-Stiftung sowie durch Konzerne mit engen Verbindungen zur US-Regierung. Der Präsident der Ford-Stiftung, der ehemalige OSS-Offizier Paul Hoffman, war in den 1950er Jahren gleichzeitig Chef des ACUE."

Aldrich schreibt: "Es ist auffällig, daß die drei wichtigen transnationalen Elite-Gruppen in den 1950ern aufkommen: Die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa haben alle dieselben Ursprünge und bekommen aus denselben Gruppen ihre Unterstützung. Obwohl Bilderberg und die Europäische Bewegung im Allgemeinen dieselben Gründer, Mitglieder und Ziele teilten, stellte Bilderberg wohl den effektiveren Mechanismus des transatlantischen Dialogs dar und entwickelte sich zu etwas, was manche als das signifikanteste diskrete Forum für westliche Eliten ansehen." ...

Pyramide der Macht

Der Aufbau der Bilderberg-Gruppe gleicht einer Pyramide. An der Spitze steht ein innerer Kreis, der den Namen Advisory Group trägt und dessen Mitglieder auf Lebenszeit ernannt werden. Diese Top-Insider treffen sich auch zwischen den jährlichen Konferenzen und entscheiden darüber, wer auf die Gästeliste der Konferenzen gesetzt wird. Der Advisory Group gehört beispielsweise der frühere US-Außenminister Henry Kissinger an. Bis zu seinem Tod war auch der Milliardär David Rockefeller dabei, der als Graue Eminenz der Bilderberger galt. Frühere Mitglieder der Spitzengruppe waren unter anderem der Brite Eric Roll of Ipsden, Mitglied des House of Lords und Chef der Warburg-Bank, Fiat-Chef Giovanni Agnelli oder der deutsche Industrielle Otto Wolff von Amerongen.

Die nächste Ebene bildet der Lenkungsausschuß, das sogenannte Steering Committee, dem neben dem Vorsitzenden der Bilderberg-Gruppe auch zwei Generalsekretäre - einer für Europa und Kanada und einer für die USA - sowie weitere ständige Mitglieder angehören. Als Chef amtiert derzeit der frühere Vorstandsvorsitzende des französischen Versicherungskonzerns Axa, Henri de Castries, weitere Mitglieder sind der Aufsichtsratschef der Deutschen Bank, Paul Achleitner, der Ökonom Victor Halberstadt, Professor an der Universität Leiden, Springer-Vorstand Matthias Döpfner, Bloomberg-Chefredakteur John Micklethwait oder Ryanair-Boß Michael O'Leary. Auf der dritten, der untersten Ebene befinden sich dann die jeweiligen Teilnehmer der jährlichen Konferenzen, die allesamt zur Verschwiegenheit verpflichtet werden.

Doch wozu die Geheimniskrämerei? Arbeiten die Bilderberger insgeheim an einer Weltregierung? An entsprechenden Verschwörungstheorien haben manche ihrer führenden Protagonisten eifrig mitgebastelt - allen voran David Rockefeller, der 1991 herausposaunte: "Wir sind der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen großen Medien dankbar, deren Direktoren unseren Treffen beiwohnten und sich an ihr Versprechen, Diskreti-

on zu wahren, beinahe 40 Jahre lang gehalten haben. Es wäre uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, hätten wir all diese Jahre im hellen Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gestanden."

Und er meinte: "Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Bankiers der Welt ist der in den vergangenen Jahrhunderten praktizierten nationalen Selbstbestimmung sicherlich vorzuziehen."

... Der britische Guardian zitierte den früheren Labour-Minister 2001 mit den Worten: "Zu behaupten, wir strebten nach einer Eine-Welt-Regierung, ist übertrieben, aber nicht gänzlich unfair." Bilderberg sei "eine Möglichkeit, Politiker, Industrielle, Finanziere und Journalisten zusammenzubringen." Man sei vor allem "daran interessiert, jüngere Politiker, deren Stern im Steigen begriffen ist, einzubeziehen und sie mit Finanzleuten und Industriellen zusammenzubringen, die ihnen ihre Erfahrungen und Erkenntnisse vermitteln können. Dies erhöht die Chance, eine sensible globale Politik zu betreiben."

Genau dies kritisiert der Managementprofessor an der britischen Cranfield-Universität und Machtforscher Andrew Kakabadse, Autor des Buches *Bilderberg People - Elite Power and Consensus in World Affairs*: "Da trifft sich eine Gruppe von Leuten, die ihre Weltsicht und Philosophie durchsetzen will", so Kakabadse. Die Teilnahme an einer Bilderberg-Konferenz sei eine Art Türöffner. "Mit einigen der wichtigsten Leute in der Welt zu fraternisieren, ist wie eine Droge", meint der Experte. "Es befördert die Teilnehmer in die am meisten bewunderten Zirkel der Macht."

Sprungbrett für Schmidt und Kohl

Tatsächlich haben sich die jährlichen Konferenzen der Nadelstreifentruppe oft als Karriere-sprungbrett erwiesen - auch für deutsche Politiker. So nahm Helmut Schmidt 1973 im schwedischen Saltsjöbaden erstmals am Bilderberg-Tisch Platz - ein Jahr später wurde er Bundeskanzler. Ähnlich verhielt es sich mit Helmut Kohl, der 1982 im norwegischen Sandefjord bei den Geheimniskrämern zu Gast war und kurz darauf Amtsinhaber Schmidt durch ein konstruktives Mißtrauensvotum stürzte.

Maßgeblich beteiligt daran war Otto Graf Lambsdorff, der mit Kohl zusammen nach Norwegen gereist war. Angela Merkel wurde im Frühjahr 2005 von den Bilderbergern nach Rottach-Egern geladen und konnte nur wenige Monate später ins Kanzleramt einziehen. Bei Peer Steinbrück klappte es hingegen nicht: Er reiste 2011 zur Bilderberg-Konferenz ins schweizerische St. Moritz, wurde im Jahr darauf von der SPD zum Kanzlerkandidaten nominiert, scheiterte dann jedoch 2013 bei der Bundestagswahl.

Der eigentliche Skandal des Bilderberg-Systems liegt darin, daß gewählte Abgeordnete, Minister und mitunter auch Regierungschefs oder Spitzenvertreter internationaler Organisationen - unter Ausschluß der Öffentlichkeit, ohne demokratische Legitimation und als privat deklariert - mit Vertretern der Finanzoligarchie und Industriekapitänen kungeln und womöglich weitreichende Entscheidungen treffen, ohne darüber Rechenschaft ablegen zu müssen. ...

Endstation Globalismus?

Wie weit der Einfluß der Bilderberger wirklich geht, läßt sich an den auf den ersten Konferenzen getroffenen Vorbereitungen zur sogenannten europäischen Integration erahnen, an denen US-Geheimdienstkreise mitwirkten. Auch die Einführung des Euro soll nicht etwa in den dafür zuständigen politischen Gremien besprochen worden sein, sondern auf einer Konferenz der diskreten Gruppe.

Die Behauptung eines "privaten Charakters" der Treffen ist also eine glatte Lüge, wie auch der Soziologe Krysmanski feststellt, wenn er sagt: "Abgesehen mal von familiären Bezügen, aber alles, was mit politisch relevanten Inhalten und Diskussionen und Entscheidungen zu tun hat, ob das in vertraulichen Beratungen erfolgt oder im Parlament selber, kann niemals privat sein beziehungsweise ist immer irgendwie öffentlich."

Demokratie wird zur reinen Staffage, wenn einflußreiche Kreise Pläne im Geheimen schmieden, von denen die Bevölkerung keinen blassen Schimmer hat. Außerdem stellt sich die Frage, ob die Welt - getreu der Bilderberg-Ideologie - nur noch als globaler Markt und geostrategisches Schachbrett zu betrachten ist, auf dem mächtige Akteure aus Politik, Wirtschaft und Finanzwelt ihre Züge ohne Rücksicht auf die Belange der Völker und Staaten spielen können - oder ob die internationale Ordnung auf den Grundsätzen von Frieden, Freiheit und Souveränität aufgebaut sein sollte.

Am Ende seines Buches *Bilderberger - Das geheime Zentrum der Macht* gibt der Wissenschaftsjournalist Andreas von Rétyi zu bedenken, daß "auch den Mächtigsten dieser Erde" irgendwann einleuchten müsse, "daß das glorreichste und schönste Ziel nichts nützt, wenn auf dem Weg dahin die gesamte Welt in Schutt und Asche gelegt wird". Letzten Endes gäbe es dann "für die machtgierigen Herrscher auch niemanden mehr, über den es sich zu herrschen lohnte". Spätestens dann hätten sich die Bilderberger "selbst ins absolute Aus manövriert". Ob sich die Teilnehmer der jährlichen Konferenzen darüber schon mal Gedanken gemacht haben?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/35-36): >>>Das Netz der Spinne

Daniell Pföhringer

David Rockefeller spielte nicht nur bei den Bilderbergern eine tragende Rolle, er zog auch bei anderen Organisationen der Globalisten die Strippen.

Am Rande der Konferenz von Versailles kam am 30. September 1919 im Pariser Hotel Majestic eine Gruppe von Männern aus Großbritannien und den USA zusammen, um die strategischen Sonderbeziehungen zwischen beiden Ländern auf ein neues Fundament zu stellen.

Zu den britischen Teilnehmern der Zusammenkunft zählten unter anderem Lionel Curtis und Philip Kerr, Initiatoren des Round Table, Lord Robert Cecil, der als Staatssekretär im Londoner Außenministerium den Entwurf für den späteren Völkerbund verfaßte, sowie Geoffrey Dawson, Chefredakteur der Times. ...

Die amerikanische Seite setzte sich aus Angehörigen des Beraterkreises von US-Präsident Woodrow Wilson zusammen. Dazu zählten neben dem Journalisten Walter Lippmann der US-Bundesrichter Louis Brandeis, der Harvard-Professor Abbott Lawrence Lowell und der vormalige Stabschef der US-Armee General Tasker H. Bliss, der in Versailles als Wilsons Generalbevollmächtigter fungierte. Die Geisteshaltung, die den in Frankreichs Hauptstadt versammelten Kreis prägte, dokumentierte Lippmann in seinem Buch *Public Opinion* mit den Worten: "Die gemeinsamen Interessen entziehen sich weitgehend der öffentlichen Meinung, sie zu verwalten obliegt einer besonderen Klasse, deren persönliche Interessen weit über lokale Belange hinausgehen."

Vision einer Grand Area

Dem informellen Treffen in Versailles folgte 1921 die offizielle Gründung einer neuen Denkfabrik in New York: des Council on Foreign Relations ("Rat für auswärtige Beziehungen"), kurz CFR. Neben Lippmann zählten dessen enger Freund Edward Mandell House, wichtigster außenpolitischer Berater Präsident Wilsons, der damalige Anwalt von Rockefellers Standard Oil und spätere Außenminister John Foster Dulles sowie die Bankiers Paul Warburg und Otto Hermann Kahn zu den Gründungsmitgliedern. Finanziert wurden der CFR und dessen Projekte von der Standard-Oil-Gruppe, dem Geldhaus J. P. Morgan & Co. und anderen Wall-Street-Banken.

Zu den wichtigsten Vorhaben der neuen Organisation gehörte die Schaffung einer amerikanischen "Grand Area", um das britische Empire nach dem Zweiten Weltkrieg als hegemoniale Supermacht abzulösen. In einem an den US-Präsidenten gerichteten Bericht formulierten die CFR-Strategen: "Wie deutlich wird, können sich die Vereinigten Staaten - vom wirtschaftli-

chen Standpunkt - am besten in einem Gebiet verteidigen, das den größten Teil der nichtdeutschen Welt umfaßt. Das nennen wir Grand Area.

Dazu gehören die westliche Hemisphäre, das Vereinigte Königreich, die verbliebenen Gebiete des britischen Commonwealth und Empires, Niederländisch-Ostindien, China und Japan." Erforderlich sei, so hieß es weiter, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in dieser "Grand Area" zur "Integration des Gebietes" und zur Übertragung des ökonomischen Potentials der Region in militärische Macht.

In seinem Buch Die Denkfabriken schreibt F. William Engdahl über die bis heute maßgeblich von der Familie Rockefeller beeinflusste und finanzierte Organisation: "Der CFR wurde als Denkfabrik eines amerikanischen Empires gegründet. Jeder größere Militäreinsatz der USA, ob in Vietnam, Korea, Nahmittelost oder Lateinamerika, war das Resultat von Diskussionen innerhalb der politischen Kreise des CFR. In einem war er ungeheuer erfolgreich: Auch heute, fast 100 Jahre nach seiner Gründung, haben die meisten Amerikaner, geschweige denn die Menschen im Ausland, den Namen noch nie gehört." ...

Der CFR wurde schnell zum Personalreservoir der US-Politik, wie Engdahl belegt: "Auf der Liste der Positionen, die CFR-Mitglieder bekleideten, standen acht Präsidenten der Vereinigten Staaten, sieben Vizepräsidenten, 17 Außenminister, 20 Kriegs- oder Verteidigungsminister, 18 Finanzminister und 15 CIA-Direktoren." Präsident des CFR ist seit 2003 der Diplomat Richard Nathan Haass, Vizepräsident der Investmentbanker Richard E. Salomon, der auch Mitglied im Stiftungsrat der New Yorker Rockefeller University ist.

Außerdem gehören dem Vorstand unter anderem der ehemalige US-Außenminister Colin Powell, Laurence D. Fink, Direktor von BlackRock, sowie Stephen Friedman, ehemals Chef von Goldman Sachs, an. Zu den früheren Vorständen zählen der einstige CIA-Direktor Allen Dulles, der Gründer der Atlantik-Brücke und frühere Weltbank-Präsident John J. McCloy, das Hirn der US-Außenpolitik Zbigniew Brzezinski, der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger, Megaspekulant George Soros - und natürlich David Rockefeller.

Sprung nach Asien

Rockefeller zog beim CFR genauso die Strippen wie bei den Bilderbergern ... Genau zwanzig Jahre nach deren Gründung beschloß er, mit einer neuen Organisation die Fühler in Richtung Asien auszustrecken. Hintergrund war der Ölpreisschock von 1973. Die darauf folgende Dollar-Knappheit bescherte den internationalen Banken an der Wall Street und in der City of London, die die Gelder der OPEC-Staaten verwalteten, Milliarden-Profit. Andererseits trübten die Entwicklungen die Aussichten für Investitionen der boomenden westlichen Industrieländer in den Schwellenländern. Ein Staat in Asien wurde der US-Ölindustrie und -Hochfinanz nun gefährlich.

Engdahl schreibt dazu: "Eine aufstrebende Wirtschaftsmacht wie Japan jedoch, 1973 ein wahrer Exportgigant, konnte die gesamte atlantische Strategie der Bilderberger entgleisen lassen, wenn sie sich mit Schwellenländern in der Dritten Welt verbündete. Um dies zu verhindern, wurden Vertreter der japanischen Elite eingeladen, am Tisch der "großen Tiere" aus Europa und den USA Platz zu nehmen. Japan war das erste "nicht weiße" Land, dem diese Ehre zuteil wurde. Gemeinsam mit anderen einflußreichen Kreisen gründeten die Drahtzieher in David Rockefellers Bilderberg-Gruppe eine neue internationale Denkfabrik und gaben ihr den Namen Trilaterale Kommission."

Rockefeller hatte Brzezinski und sieben weitere Vertraute zuvor damit beauftragt, rund 300 einflußreiche Vertreter aus Nordeuropa, Europa und Japan zu nominieren. Zu den gewählten Gründungsmitgliedern der Trilateralen gehörten dann Leute wie der spätere Fed-Präsident Alan Greenspan, Coca-Cola-Boß J. Paul Austin, Shell-Vorstand John Loudon, der Londoner Bankier Edmond de Rothschild und Fiat-Chef Giovanni Agnelli.

Auf der Mitgliederliste stand auch der damalige Gouverneur des US-Bundesstaates Georgia:

Jimmy Carter. Er sollte nur zwei Jahre später zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden und Brzezinski als Sicherheitsberater ins Weiße Haus holen. Carters Kabinett setzte sich fast ausschließlich aus Trilateralern zusammen, so daß man in Washington hinter vorgehaltener Hand von einer Rockefeller-Präsidentschaft sprach. Dieses Muster setzte sich unter den weiteren US-Präsidenten fort.<<

Das Internetportal "Wikipedia" berichtete im Jahre 2020 über das Tavistock Institute of Human Relations (x971/...): >>... Das Tavistock Institute of Human Relations (TIHR) ist eine Non-Profit-Organisation, die sich mit sozialwissenschaftlicher Forschung befaßt und 1947 als Ableger der Tavistock Clinic gegründet wurde.

Geschichte

Während des Zweiten Weltkrieges dienten viele der hauptberuflichen Mitarbeiter der Tavistock Clinic als psychiatrische Spezialisten in der Armee. Die im War Propaganda Bureau (Wellington House) ansässige Organisation entwarf Propagandakonzepte und verbreitete sie.

Diese interdisziplinäre Gruppe gründete 1947 das *Tavistock Institute of Human Relations* und wandte sich Fragen der Organisationsentwicklung und des sozialen Wandels zu. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten Elliott Jaques, Henry Dicks, Leonard Browne, Ronald Hargreaves, John Rawlings Rees, Mary Luff, Wilfred Bion und Tommy Wilson als Direktor. Die Rockefeller Foundation leistete einen finanziellen Beitrag. Weitere bekannte Mitarbeiter kamen später dazu: John D. Sutherland, John Bowlby, Eric Lansdown Trist und Fred Emery.

Das Tavistock Institute betreibt heute Forschungen und Konsultationen im Bereich Sozialwissenschaften und angewandte Psychologie für die Europäische Union, verschiedene Abteilungen der britischen Regierung und private Auftraggeber. Das Institut verfügt über einen eigenen Verlag und ist Eigentümer und Herausgeber von *Human Relations*, einem internationalen Journal für Sozialwissenschaften.

Tätigkeit und Forschungsschwerpunkte

Die Grundkonzepte, welche zur soziopsychologischen Ausrichtung des Institutes führten, waren die psychoanalytische Objektbeziehungstheorie, die Lewinsche Feldtheorie, der Kultur und Persönlichkeits-Ansatz (culture and personality school) und die Theorie der offenen Systeme von Fred Emery (Open Systems Theory (OST)). Diese dienten zur Steuerung von wirkungsorientierten (action-oriented) Projekten von erheblichem Umfang und Dauer. Die Erfahrungen aus diesen Projekten führten zu weiteren konzeptionellen Entwicklungen. Um die Prozesse verstehen und die neuen Abläufe entwickeln zu können, wurden mehrere oder alle Grundkonzepte verwendet.

Ab 1949 wurden vom Tavistock-Institut im britischen Steinkohlenbergbau Studien über die "Auswirkungen der Mechanisierung und Arbeitsteilungen im Bergbau" durchgeführt. Die dabei angewandte Forschungsmethode wurde als Tavistock-Ansatz bekannt.

Mit zwei industriesoziologischen Untersuchungen über die Arbeitsorganisation in britischen Kohlebergwerken und indischen Textilfabriken trugen sie zur Entwicklung der Organisationssoziologie bei. Die Forscher benutzten als theoretisches Bezugssystem den sogenannten soziotechnischen Ansatz, der besagt, daß es bei der Strukturierung von Arbeitsorganisationen eine *organizational choice* (englisch für 'organisatorische Wahl') gäbe, bei der technische und soziale Anforderungen in verschiedener Weise kombiniert werden können. Eine Optimierung im Gesamtsystem gelinge nur bei Suboptimierung in den beiden Teilsystemen (technisches und soziales Subsystem).

Diese Erkenntnisse waren prägend für die Methode der Organisationsentwicklung. Sie wird bei der Planung und Umsetzung vieler Veränderungsprozesse in Organisationen angewendet.

Bekannte Mitarbeiter

- Eine Schlüsselfigur in der Geschichte von Tavistock war Brigadegeneral John Rawlings-Rees, Autor von *The Shaping of Psychiatry by War* ('Die Veränderung der Psychiatrie durch

den Krieg'). Er war vor dem Zweiten Weltkrieg medizinischer Direktor der Tavistock Clinic und maßgeblich an der Gründung des Tavistock Institutes beteiligt.

- Der Sozialpsychologe Eric Lansdown Trist war von 1946 bis 1966 Vizedirektor und Direktor sowie wichtigster Exponent des Tavistock-Ansatzes.

- Die Psychoanalytiker Wilfred Bion und S. H. Foulkes, beide frühe Vorkämpfer der Gruppenanalyse, entwickelten neue Methoden zur Auswahl von Offizieren. Dabei beobachteten sie die Gruppendynamik in einer sogenannten *führerlosen Gruppe*, wo die Verantwortungsübernahme weniger über hierarchisches Befehlen als durch praktisches Tätigwerden erfolgt. Ihre Methoden führten zu einer verringerten Anzahl zurückgewiesener Offizieranwärter.

- Ronald D. Laing diente in der Psychiatrie-Einheit der britischen Armee (*British Army Psychiatric Unit*).

- Kurt Lewin, ein Mitglied der Berlin-Frankfurter Schule, und seine gruppendynamischen Theorien haben bis heute einen großen Einfluß auf die Arbeit des Institutes.

- Eric J. Miller, seit 1969 im Institut Direktor der *Group Relations Programme*, erarbeitete unter anderem das Design für die Nazareth-Konferenzen. ...<<

Hermann Hitthaler berichtet auf seiner Webseite "www.gottlieb-tuns.com" über das Komitee der 300 (x937/...): >>>Das Komitee der 300

Das Komitee der 300 verfolgt ein klares Ziel: die Weltherrschaft. Ihre Ziele, das zu erreichen, sind hier aufgelistet.

Diese mächtige Gruppe arbeitet schon lange im Hintergrund und sie verfolgen die Absicht, ihnen die Menschen zu unterwerfen unter anderem durch Beraubung unseres freien Willens, Vernichtung aller Religionen, Förderung religiöser Sekten, Kollaps der Weltwirtschaft, Erschaffung eines Terrorismus ...

Die Hierarchie der Verschwörer

Können Sie sich eine allmächtige Gruppe vorstellen, die keine nationalen Grenzen kennt, über dem Gesetz aller Länder steht und die alle Aspekte der Politik, der Religion, des Handels und der Industrie, des Banken- und Versicherungswesens, des Bergbaus, des Drogenhandels und der Erdölindustrie kontrolliert - eine Gruppe, die niemandem als ihren eigenen Mitgliedern gegenüber verantwortlich ist?

Die überwiegende Mehrheit der Menschen hält dies für unmöglich. Wenn Sie auch dieser Meinung sind, dann gehören Sie zur Mehrheit.

Die Vorstellung, daß eine geheime Elitegruppe alle Aspekte unseres Lebens kontrolliert, geht über deren Verständnis hinaus. Amerikaner neigen dazu, zu sagen: "So etwas kann hier nicht geschehen. Unsere Verfassung verbietet es."

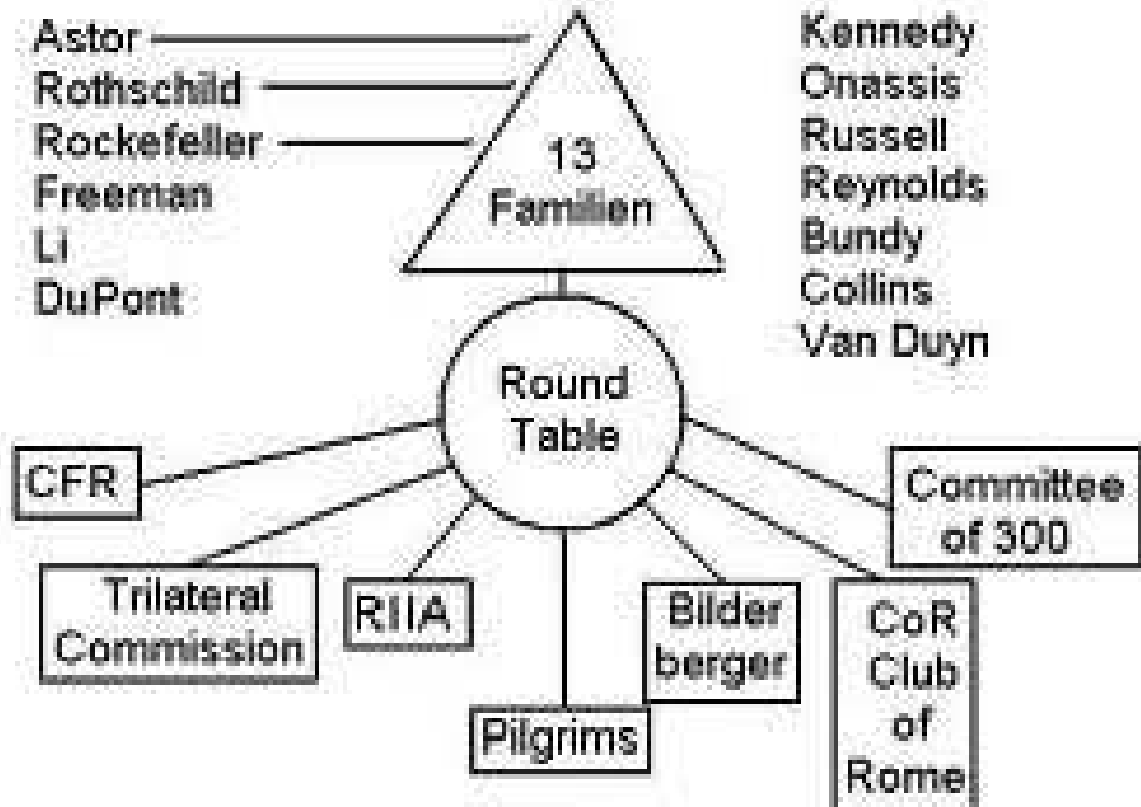
Daß es eine solche Körperschaft gibt - das Komitee der 300 -, wird in dem Buch ("Das Komitee der 300 - Die Hierarchie der Verschwörer"*) anschaulich dargestellt. Viele ehrliche Politiker und Publizisten, die versuchen, unsere Probleme anzugehen, sprechen oder schreiben über "sie". Dieses Buch sagt genau, wer "sie" sind und was "sie" für unsere Zukunft geplant haben. Es zeigt, wie "sie" mit der amerikanischen Nation seit mehr als 50 Jahren im Krieg stehen, einem Krieg, den wir, das Volk, verlieren.

Es stellt dar, welche Methoden "sie" benutzen und wie "sie" uns alle das Gehirn gewaschen haben. Ereignisse, die seit der Erstveröffentlichung dieses Buches abgelaufen sind, sprechen Bände über die Richtigkeit der getroffenen Vorhersagen und für die saubere Recherche seines Autors Dr. John Coleman.

Wenn Sie einerseits ratlos und verwirrt sind und sich fragen, wieso ständig Dinge passieren, die wir als Nation eigentlich ablehnen, wenn sie sich andererseits jedoch machtlos fühlen, zu verhindern, daß wir immer auf das falsche Pferd setzen, wieso unsere einstigen sozialen und moralischen Werte verfälscht und untergraben werden; wenn Sie durch die vielen Verschwörungstheorien verwirrt sind, dann wird Ihnen "Die Hierarchie der Verschwörer - Das Komitee

der 300" die Sachverhalte kristallklar erklären und zeigen, daß diese Umstände absichtlich geschaffen wurden, um uns als freie Menschen auf die Knie zu zwingen.

Wenn Sie erst einmal die entsetzlichen Wahrheiten, die in diesem Buch stehen, gelesen haben, werden Sie lernen, Vergangenheit und Gegenwart zu verstehen. Dann werden Ihnen soziale, wirtschaftliche, politische und religiöse Phänomene nicht länger schleierhaft vorkommen. Diese hier vorliegende Entlarvung der gegen die Vereinigten Staaten und die ganze Welt gerichteten Mächte kann nicht ignoriert werden. Der Autor vermittelt Ihnen eine ganz neue Wahrnehmung hinsichtlich der Welt, in der wir alle leben.



Die Ziele des Komitees der 300

Dr. John Coleman hat in über 40 Jahren Recherchearbeit ein Standardgeschichtswerk zusammengestellt, in welchem er schonungslos die Ziele und Mittel des "Comittee of 300" in 21 Punkten auflistet, um die Neue Weltordnung durchzusetzen. Egal, wie sie sich nennen: Illuminaten, Bilderberger, Komitee der 300, ... Fakt ist, das es Mächte gibt, die uns gar nicht gut gesonnen sind. Aber lesen Sie selber:

1. Die Errichtung einer Eine-Welt-Regierung mit einer einzigen Kirche und einem einzigen Geldsystem unter ihrer Kontrolle.
2. Die völlige Zerstörung jeder nationalen Identität und jeden Nationalstolzes, da die Menschen nur so eine supranationale Welt-Regierung akzeptieren werden.
3. Die Zerstörung jeder Religion, vor allem der christlichen. Einzige Ausnahme: die von ihnen geschaffene "Religion".
4. Die Etablierung von Gedankenkontrolltechniken mit dem Ziel, menschliche Roboter zu erschaffen, welche auf externe Impulse und Steuerung reagieren.
5. Das Ende der Industrialisierung mit Ausnahme des Computer- und Dienstleistungssektors. Angestrebt wird eine "Nachindustrielle-Null-Wachstums-Gesellschaft". Die restlichen Industriezweige werden in kostengünstige Drittweltländer ausgelagert.

6. Den Konsum von Drogen zu ermutigen oder sogar zu legalisieren und aus der Pornographie eine "Kunstform" zu machen, welche weitherum akzeptiert und schließlich als völlig normal angesehen wird.
7. Die Entvölkerung großer Städte nach dem Vorbild der Schlachtorgien Pol Pots in Kambodscha zu betreiben.
8. Die Unterdrückung aller wissenschaftlichen Entwicklung außer jener, die den Zielen der Illuminati dient.
9. Den vorzeitigen Tod von drei Milliarden Menschen bis zum Jahr 2050 zu verursachen - einerseits durch "lokal begrenzte Kriege" in den entwickelten Ländern, andererseits durch Hunger und Krankheit in den unentwickelten Ländern. Das Komitee der 300 (unter der Führung der Illuminaten) beauftragte Cyrus Vance (US-Außenminister in der Carter-Regierung), ein Papier zu verfassen, wie man eine solche Bevölkerungsreduktion bewerkstelligen könnte. Das Papier trug den Titel Global 2000 Report und wurde von Präsident Carter und Edwin Muskie, dem damaligen Außenminister für und im Namen der US-Regierung akzeptiert und gebilligt. Zu den Bestimmungen des Global 2000-Reports gehört, daß die US-Bevölkerung bis zum Jahr 2050 um 100 Millionen Menschen reduziert werden muß.
10. Die Moral im Volk zu schwächen; ferner die Arbeiterklasse durch Massenarbeitslosigkeit zu demoralisieren und sie dadurch in die Drogen- oder Alkoholsucht zu treiben. Die Jugend soll mittels Drogen und aggressiver Musikstile dazu ermutigt werden, gegen den Status Quo zu rebellieren, was auch zur Schwächung/Auflösung der Familieneinheit führt.
11. Die Menschen davon abzubringen, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen, indem man sie einer Krise nach der anderen aussetzt und solche Krisen dann vom Staat meistern läßt. Die Menschen werden sich so bald vom "eigenen Schicksal" bzw. den vielen schweren Entscheidungen überfordert fühlen und apathisch werden. In den USA existiert deshalb eine Behörde für Krisenmanagement. Sie nennt sich FEMA (Federal Emergency Management Agency).
12. Neue Kulte einzuführen und die bestehenden zu fördern.
13. Den christlichen Fundamentalismus zu fördern, der die Ziele des zionistischen Staates Israel durch die Identifikation mit "Gottes auserwähltem Volk" u.a. mit großen Geldsummen unterstützen wird.
14. Auf die Verbreitung von religiösen Sekten wie der Moslem-Bruderschaft oder der Sikhs zu drängen und Gedankenkontroll-Experimente auszuführen, ähnlich wie es Jim Jones in seinem Lager in Jonestown (Guayana) getan hatte, bevor sich die ca. 900 Anhänger seines Peoples Temple auf Befehl hin umbrachten bzw. umgebracht wurden (November 1978).
15. Ideen hinsichtlich "religiöser Befreiung" in weltweiten Umlauf zu setzen, um alle existierenden Religionen zu unterhöheln, allen voran die christliche Religion. Dieser Prozeß begann mit der sogenannten "Befreiungstheologie".
16. Einen Kollaps der Weltwirtschaft herbeizuführen und damit das totale politische Chaos zu erzeugen.
17. Die Kontrolle über alle inneren und internationalen Strategien der USA zu übernehmen.
18. Supranationalen Institutionen wie der UNO, dem Internationalen Währungsfonds, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (die BIZ in Basel), dem Internationalen Gerichtshof etc. die größte Unterstützung zukommen zu lassen, während man gleichzeitig lokale und nationale Institutionen weniger handlungsfähig werden läßt, indem man sie stufenweise abbaut oder unter die Schirmherrschaft der UNO bringt.
19. Alle Regierungen zu infiltrieren und zu übernehmen, um dann von innen heraus die Hoheitsrechte der jeweiligen Nation schleichend aufzulösen und zu zerstören.
20. Einen internationalen Terrorismus zu erschaffen und mit Terroristen zu verhandeln, wann immer terroristische Aktivitäten stattgefunden haben.
21. Die Kontrolle über das Bildungswesen in den USA zu übernehmen, mit dem Ziel, dieses

völlig zugrunde zu richten.

(*) Das Buch "Das Komitee der 300 - Die Hierarchie der Verschwörer", erschienen im J. K. Fischer-Verlag ist erhältlich bei www.osirisbuch.de

Was uns konkret erwartet

Zusammengefaßt ist die Absicht des Komitees der 300, die folgenden Gesellschaftsverhältnisse zu etablieren: eine Eine-Welt-Regierung und ein Währungssystem mit einer einzigen Währung unter einer permanenten, nicht gewählten, aber erblichen Machtstruktur, die ihre Nachfolger selbst aus ihren Reihen auswählt, um auf eine Wiederkunft der Feudalstruktur des Mittelalters hinzuwirken, in der dann die Eine-Welt-Bevölkerung verdummt dahinvegetieren wird.

Diverse Verbote

In dieser Einen Welt wird die Bevölkerung durch diverse Verbote eingeschränkt werden. Die Anzahl der Kinder pro Familie wird limitiert sein. Krankheiten, Kriege und Hungersnöte werden sich um die "überflüssige Bevölkerung" kümmern., bis sie auf unter einer Milliarde Menschen dezimiert ist, die dann als Weltbevölkerung übrig bleiben und der Herrscherklasse nützlich sind, die in Zonen lebt, die streng und klar definiert sein werden. Es wird keine Mittelschicht mehr geben, nur Herrscher und Diener.

Alle Gesetze werden unter einem Rechtssystem von Weltgerichtshöfen vereinheitlicht sein. Überall wird man nach den gleichen Gesetzen verfahren, unterstützt von der Polizeimacht der Eine-Welt-Regierung und einem vereinheitlichten Eine-Welt-Militär, um die Durchsetzung dieser Gesetze in allen Ländern zu erzwingen, zwischen denen es keine Grenzen mehr geben wird. Das System wird nach den Regeln eines Wohlfahrtsstaates strukturiert sein. Jene, die der Eine-Welt-Regierung gehorsam und unterwürfig dienen, werden mit den notwendigen Lebensmitteln und Gütern belohnt werden. Jene, die rebellieren, werden dem Hungerstod ausgesetzt oder zu Gesetzlosen deklariert und so ein Ziel für alle, die sie töten wollen. Waffen in Privatbesitz werden verboten sein.

Eine Religion

Nur eine Religion wird in Form einer Eine-Welt-Regierungskirche, die bereits seit 1920 existiert, erlaubt sein. Gnostizismus, Satanismus, Teufelsanbetung und Hexerei werden Bestandteile des Eine-Welt-Regierungs-Lehrplans sein, und es wird keine privaten oder kirchlichen Schulen mehr geben. Die christlichen Kirchen wurden bereits unterwandert; das Christentum wird unter der neuen Weltregierung zu einer Religion der Vergangenheit.

Die Erwähnung von Jesus Christus als göttliches Wesen und als Sohn Gottes wird aus allen geschriebenen und mündlichen Berichten und aus allen Gebeten eliminiert werden. Jesus wird man den Status eines gewöhnlichen Mannes geben, seine Anbetung wird verboten werden. So wird die Herrschaft des Anti-Christen eingesetzt. In diesem Zusammenhang muß wiederholt werden: der "Da Vinci Code" wurde geschrieben, verfilmt und gefördert, um den Aufstieg des Gnostizismus zu fördern und den Status von Jesus Christus auf den eines gewöhnlichen Mannes zu degradieren.

Keine individuelle Freiheit mehr

Um eine Staatsform etablieren zu können, in der es keine individuellen Freiheiten mehr gibt und für die auch das Prinzip der Freiheit nicht mehr grundlegend ist, werden Begriffe wie Republikanismus, Souveränität oder Menschenrechte zu Fremdwörtern. Die US-Verfassung wird abgeschafft werden, ja bereits ihre Lektüre wird verboten sein. Nationaler Stolz und ethnische Identität sollen vernichtet werden, in einer Übergangsphase soll es Gegenstand schwerster Strafe werden, überhaupt die eigene Rasse zu erwähnen.

Jedem Mensch soll indoktriniert werden, er oder sie sei ein Geschöpf der Eine-Welt-Regierung, ausgestattet mit einer Identifikationsnummer, die einer Person klar zugeordnet werden kann. Deren Daten sind verknüpft mit der Hauptdatei des NATO-Computers in Brüs-

sel und sofort zugänglich. Die Personaldaten jedes Bürgers können so von jeder Agentur der Eine-Welt-Regierung jederzeit abgefragt werden. Die Akten und Datenbestände der CIA, FBI, der staatlichen Verwaltungsbehörden und der lokalen Polizeiinspektionen, der IRS, der FEMA und der Sozialbehörden sollen riesig ausgeweitet werden.

Heiraten in traditioneller Form wird es nicht mehr geben, es soll kein Familienleben mehr existieren, wie wir es noch kannten. Die Kinder sollen von ihren Eltern bereits in einem sehr frühen Alter getrennt und in staatlichen Kinderheimen quasi als Staatsbesitz aufgezogen werden. Solch ein Experiment wurde bereits in Mitteldeutschland unter Erich Honecker durchgeführt. Kinder wurden ihren Eltern weggenommen, die vom Staat als unloyale Bürger eingeschwätzt worden sind. Frauen sollen durch einen fortschreitenden "Emanzipations-Prozeß" im Grunde degradiert werden. Freier Sex soll so zu einer "moralischen" Verpflichtung werden.

Einmaliger Ungehorsam soll, zumindest ab einem Alter von 20 Jahren, strafbar sein und mehrere Repressalien nach sich ziehen. Selbstabtreibung soll gelehrt und ausgeübt werden, nachdem eine Frau zwei Kinder geboren hat. Aufzeichnungen darüber sollen in den regionalen Computern der Eine-Welt-Regierung in den Personaldateien jeder Frau gespeichert werden. Falls eine Frau schwanger wird, nachdem sie bereits zwei Kinder geboren hat, soll sie zu einer erzwungenen Abtreibung und Sterilisation in eine Abtreibungsklinik gebracht werden.

Pornographie soll gefördert und in jeder Schulklasse zur vorgeschriebenen Literatur werden. Sie soll in Theatern und Kinos vorgeführt werden, einschließlich homosexueller Pornographie. Der Gebrauch von "entspannenden" Drogen soll keinen Strafen mehr unterliegen. Jede Person soll Drogenrationen zugewiesen bekommen, die in Eine-Welt-Regierung-Geschäften in der ganzen Welt gekauft werden können.

Man wird Drogen zur Bewußtseinskontrolle im Umlauf bringen. Diese werden auch bei Zwangsbehandlungen von Personen zum Einsatz gebracht werden. Die wegen einer "Rebellion" oder wegen "ordnungswidrigen Verhaltens" auffällig geworden sind. Solche Drogen sollen Nahrungsmitteln und/oder Wasservorräten zugesetzt werden, ohne das Wissen oder die Zustimmung der Konsumenten. Drogenbars sollen etabliert werden, die von Angestellten der Eine-Welt-Regierung geleitet werden. In ihnen darf die Sklavenklasse ihre freie Zeit verbringen. Auf diese Weise werden die nicht zur Elite gehörenden Massen auf ein animalisches Verhalten reduziert, ohne eigenen Willen, einfach zu reglementieren und zu kontrollieren.

Kontrolle des Wirtschaftssystems, der Nahrung ...

Das Wirtschaftssystem soll durch die herrschende Klasse kontrolliert werden, die gerade genügend Essen, Güter und Dienstleistungen erlaubt, um die Sklavenarbeitslager betriebsbereit zu halten. Aller Reichtum soll in den Händen der Elitemitglieder des Komitees der 300 gehalten werden. Jedem Individuum soll klar gemacht werden, daß es völlig vom Staat abhängig ist, um überleben zu können. Die Welt soll von Exekutivvorschriften des Komitees der 300 regiert werden, die sofort Gesetzeskraft haben.

Die Industrie wird schrittweise aufgelöst werden. Nur die Mitglieder des Komitees der 300 und ihre Elite sollen Zugang zu den Rohstoffen dieser Erde haben. Ebenso die Landwirtschaft, verbunden mit einer strengen Kontrolle der Nahrungsmittelproduktion.

Nach der Zerstörung der Bauindustrie und des Immobilienmarktes, der Auto- Stahl- und Schwermetallindustrie soll es nur mehr begrenzten Wohnraum geben, unter strenger Kontrolle der NATO und des Club of Rome.

Alle pharmazeutischen Produkte, alle Mediziner, Zahnärzte und Beschäftigte im Gesundheitswesen werden in der zentralen Computerdatenbank registriert werden, und kein Medikament und keine medizinische Versorgung werden ohne die ausdrückliche Erlaubnis verschrieben werden können.

Es wird keinen Banken mehr erlaubt sein, eigenständig zu operieren, außer der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und der Weltbank. Private Bankgeschäfte werden verbo-

ten sein.

Kein Bargeld

Es soll kein Bargeld mehr in den Händen der Nichtelite geben. Alle Transaktionen sollen mittels einer elektronischen Kreditkarte ausgeführt werden, sie soll die Identifikations-Nummer des Besitzers tragen. Alle Personen, die die Regeln des Komitees der 300 nicht beachten, wird die Nutzung dieser Karte zeitweise oder ganz entzogen.

Vieles zeichnet sich ab

Eines ist aus dem Vorgegangenen offensichtlich: viel Arbeit muß noch getan werden, bevor die Dämmerung der Neuen Weltordnung kommt. Das Komitee der 300 hat schon vor längerer Zeit Pläne ausgearbeitet, um die Zivilisation, wie wir sie kennen, zu zerstören. Manche dieser Pläne wurden von dem polnischen Aristokraten Zbigniew Brzezinski in seiner klassischen Arbeit "Between Two Ages, The Technotronic Era" und in den Arbeiten von Aurelio Peccei, Gründer des Club of Rome, insbesondere in dessen Buch "The Chasm Ahead" ("Die Kluft vor uns") bekannt gemacht. Georges Orwells "1984" wird zwar als Fiktion dargestellt, seine Fiktionen aber tatsächlich aus in Archiven und Dokumenten gefundenen politischen Absichtserklärungen herausgefiltert.

(Siehe dazu auch <http://www.cuttingthroughthematrix.com/>)

Fazit: Ziel ist die totale Kontrolle über den Menschen

Auszug aus einem Interview von Dr. John Coleman mit Alex Jones am 2. Juni 2010, das die Sache auf den Punkt bringt:

...

Dr. C.: Der Alptraum wird sein, daß du keinerlei Rechte irgendwelcher Art mehr hast. Dir wird genau befohlen werden, was du zu tun hast und wann du es zu tun hast. Dir wird gesagt werden, welche Art von Beschäftigung du haben kannst oder nicht, und so geht es dann weiter und weiter.

Mit anderen Worten: Jedes Individuum, jeder einzelne Mensch wird völlig kontrolliert werden, und ihm wird befohlen werden, was er tun darf und was nicht.

A. J.: Ja, ich sah vor einigen Wochen Bill Gates, wie er sagte, er würde China lieben, weil sie nun entscheiden, welche Kinder ihre Gene zum Testen abgeben müssen. Selbstverständlich kann der Staat dann behaupten, was er will, und sagen, deine DNA, dein Erbgut zeige dies oder jenes. Ich meine, das ist totale Kontrolle. Damit übernehmen sie die Kontrolle über die Menschheit, über unsere Entwicklung.

Dr. C.: Das ist genau das, was sie tun. Es (das Komitee) sagte immer, der Mensch existiere nicht mehr, es sagt, daß Bewußtsein und Materie nicht intelligent seien, daß er geboren sei, um kontrolliert zu werden und "Wir sind die Leute, die die Kontrolle ausüben".

Das ist mehr oder weniger die Situation, in der wir stecken. ...<<

Schlußbemerkungen: Die von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges am 26. Juni 1945gegründeten Vereinten Nationen nannten in ihrer Charta als Zweck die Sicherung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern, ihre Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Probleme sowie die Förderung und Achtung der Menschenrechte.

Am 26. Juni 1945 unterzeichneten in San Francisco 50 Nationen die Charta der Vereinten Nationen. Bei dieser Konferenz wurde jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, **daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge** aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen **von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden** (x024/344).

Am 10. Dezember 1948 beschloß die UN-Generalversammlung der Vereinten Nationen eine allgemeine Deklaration der Menschenrechte. Die UN-Konventionen zum Schutz der Men-

schenrechte wurden danach für alle UN-Mitgliedstaaten zum bindenden Recht. Alle Staaten, die der UN beitraten, waren demnach verpflichtet, die Menschenrechte in ihren nationalen Rechtssystemen umzusetzen.

Bei allen internationalen Vereinbarungen über die Menschenrechte handelt es sich um verbindliche Rechtsakte. Die Einhaltung der Menschenrechte wird durch die zuständigen Gremien des UN-Menschenrechtshochkommissariats in Genf überwacht und konsequent durchgesetzt.

Die wesentliche Aufgabe der Vereinten Nationen bestand ursprünglich darin, als globales Steuerungsinstrument bzw. als positives internationales Ordnungsmittel internationale Konflikte gewaltfrei zu lösen, aber die gegenwärtigen Pläne und Ziele sehen völlig anders aus. Die Vereinten Nationen verteidigen schon längst nicht mehr die demokratischen Grundwerte, die Interessen des Gemeinwohls und die Selbstbestimmung der einzelnen Nationalstaaten, sondern setzen sich in erster Linie für die Durchsetzung eines Weltstaates, für gesellschaftszerstörende Ideologien (Genderismus) und für die Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen ein.

Anstatt das Selbstbestimmungsrecht aller Mitgliedsstaaten zu schützen, mischen sich die Vereinten Nationen und ihre Spezialorgane UNICEF, der Hohe Flüchtlingskommissar der VN (UNHCR) und die Welthandelskonferenz (UNCTAD) sowie Sonderorganisationen, wie z.B. die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), der Internationale Währungsfonds (IWF), die UNESCO und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) verstärkt in die inneren Angelegenheiten der Nationalstaaten ein.

Die UN und die verbundenen supranationalen Organisationen nötigen oder zwingen die ihnen angehörenden Mitgliedsländer seit Jahrzehnten, ihre Souveränität und nationale Rechte an die internationalen NWO-Organisationen abzutreten und ständig neue Pseudo-Menschenrechte zu akzeptieren, um angeblich weiterhin ein friedliches Zusammenleben in der globalisierten Welt zu gewährleisten.

Obgleich nicht wenige Mitglieder des UN-Menschenrechtsrats zu den schlimmsten Menschenrechtsverletzern zählen, maßt es sich der islamisch unterwanderte UN-Menschenrechtsrat an, der "christlichen westlichen Welt" ständig weitere verbindliche Vorgaben zur staatlichen Durchsetzung von vermeintlichen Pseudo-Menschenrechtsansprüchen zu machen. Auch der umstrittene Migrationspakt der Vereinten Nationen ("Global Compact for Migration" = Wiedereinführung des im 19. Jahrhunderts verbotenen Sklavenhandels) wurde durch den sogenannten "UN-Menschenrechtsrat" erstellt.

Mitglieder des UN-Menschenrechtsrats sind gegenwärtig z.B.: Angola, Kongo, Nigeria, Senegal, Afghanistan, Nepal, Pakistan, Katar, Chile, Mexiko.

Die globale Migration und die Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft werden durch den NWO-Moloch systematisch geplant und gefördert. Diese kriminelle Verschwörer-Clique des Geldadels und der Weltkonzerne besitzt einen gigantischen Machtapparat, der global die gesamte Wirtschaft und Politik beherrscht und lenkt. Diese verdeckt agierende Organisation verfügt über ein weltweites Netzwerk von Geheim- und Tarnorganisationen (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.). Der NWO-Moloch strebt u.a. folgende Ziele an: Vermischung der Völker, Zerstörung der Familien, Schaffung von gleichgeschalteten Einheitsmenschen, rechtliche und wirtschaftliche Entrechtung der Menschen (Wiedereinführung der Sklaverei), Vernichtung der souveränen Nationalstaaten, Installierung einer totalitären Weltregierung.

Hermann Hitthaler berichtete auf seiner Webseite "www.gottliebuns.com" über die "Neue Weltordnung" (x938/...): >>Auf dem Weg zur Weltherrschaft

Vereinte Nationen - UNO

Dunkle Mächte beherrschen die Welt.

Die neuen Organisationen, die die Round-Table-Groups weitgehend ersetzen, verfolgten einen doppelten Zweck. Sie dienten als Brains Trust oder Denk-Tanks, die dem Hauptzweck der Förderung des Eine-Welt-Ideals diene. Da sie direkte Verbindungen zu den obersten Befehlsebenen des Großgeschäfts, einschließlich Banken, mit Regierungen und politischen Parteien und Universitäten unterhielten, dienten diese Körperschaften auch als inoffizielle Arbeitsämter, deren Aufgabe darin bestand, angemessen indoktrinierte Rhodes-Schüler in Positionen zu schleusen, wo man von ihnen erwarten konnte, daß sie ihren ganzen Einfluß ausüben würden, um die gemeinsame Vision eines Eine-Welt-Himmels auf Erden verwirklichen zu helfen. ...

Wen dieser Bereich interessiert, kann hier viele Informationen finden und Hintergründe erfahren, ohne Gewähr: Round Table, CFR ...

Während des Zweiten Weltkrieges Planung der Aufrichtung der VEREINTEN NATIONEN - UNO

1. Das CFR, mit der Ausarbeitung für Nachkriegspläne beauftragt, entwirft die Statuten der VEREINTEN NATIONEN

Dies ist die Gruppe, die die Vereinten Nationen ersann - der erste große, erfolgreiche Schritt auf dem Weg zu einem Welt-Superstaat. Mindestens 47 CFR-Mitglieder waren unter den amerikanischen Delegierten bei der Gründung der Vereinten Nationen in San Franzisko im Jahre 1945. Es waren neben anderen:

Harold Stassen, John J. McCloy, Owen Lattimore (der vom senatsinternen Sicherheitsausschuß ein "bewußtes Bindeglied der sowjetischen Verschwörung" genannt wurde), Alger Hiss (kommunistischer Spion), Philipp Jessup, Harry Dexter White (kommunistischer Agent), Nelson Rockefeller, John Foster Dulles, John Carter Vincent und Dean Acheson.

Um sicher zu sein, daß die kommunistischen Parteimitglieder die Wichtigkeit der Etablierung der UN verstanden, gab das offizielle theoretische Parteijournal Political Affairs in seiner April-Ausgabe 1945 folgende Anordnung:



"Allgemeine Unterstützung und großer Enthusiasmus sollten hervorgerufen werden, gut organisiert und leidenschaftlich artikuliert. Doch dies genügt nicht. Die Opposition muß so hilflos gemacht werden, daß sie unfähig ist, irgendeine bedeutende Unterstützung im Senat gegen die Charta der Vereinten Nationen und die nachfolgenden Verträge zu finden."

Es ist erstaunlich, daß sich die Parteien noch niemals die Frage stellten, weshalb sie eine Organisation unterstützen müssen, die von den ihnen verhaßten Persönlichkeiten der Wall Street beherrscht wird. Die meinungsbildenden Vertreter der Massenmedien haben sich geradezu selbst übertroffen, indem sie die UN als Friedensorganisation anstatt als Fassade der internationalen Bankiers darstellen.

Die Mitglieder des CFR beherrschten nicht nur die Einrichtung der UN, sie standen auch dem amerikanischen Präsidenten bei den Konferenzen in Teheran, Potsdam und Jalta zur Seite, wo

Millionen von Menschen den Händen Joseph Stalins ausgeliefert wurden - eine gewaltige Ausdehnung der kommunistischen Verschwörung. Verwaltungsassistent von F. D. Roosevelt war zu dieser Zeit ein Schlüsselmitglied des CFR namens Lauchlin Currie, der später von J. Edgar Hoover als Sowjetagent identifiziert wurde.

So vollendet hat das CFR das Außenministerium in den vergangenen 38 Jahren beherrscht, daß außer Cordell Hull, James Byrnes und William Rogers alle Staatssekretäre CFR-Mitglieder waren. Rogers war kein Mitglied, doch Mr. Nixons Hauptberater in auswärtigen Angelegenheiten, Prof. Henry Kissinger, wechselte aus dem Stab des CFR zu diesem Posten über. Auch die Untersekretäre des Außenministeriums sind fast durchweg Mitglieder.

2. Eindeutiges Ziel des CFR ist und bleibt Errichtung einer Weltregierung, einer "internationalen Ordnung"

Auch heute arbeitet das CFR aktiv auf sein Hauptziel hin, die Regierung über die ganze Welt - einer Regierung, die von den Insidern und deren Verbündeten kontrolliert werden soll. Das Ziel des CFR ist also schlichtweg die Abschaffung der Vereinigten Staaten mit ihrer konstitutionell garantierten Freiheit. Und es wird noch nicht einmal versucht, dies zu verbergen: Study Nr. 7, vom CFR am 25. November 1959 veröffentlicht, rät offen zur "Bildung einer neuen internationalen Ordnung, (welche) dem Verlangen der Welt nach Frieden (und) nach sozialer und wirtschaftlicher Veränderung entsprechen muß. ... eine internationale Ordnung (das Codewort für Weltregierung) ... inklusiv der Staaten, die sich selbst als Sozialisten (Kommunisten) bezeichnen."

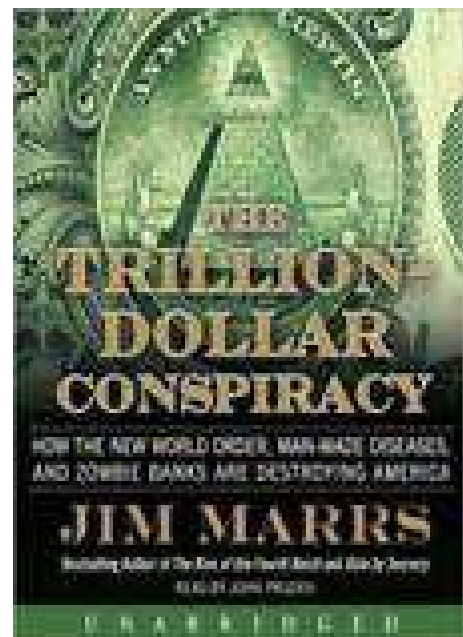
Diese Motivation wird für die verständlich, die die Mitgliederliste des CFR studiert haben. Internationale Bankorganisationen, die gegenwärtig Mitglieder des CFR stellen, sind u.a.: Kuhn-Loeb & Co.; Lazard Freres (direkt verbunden mit Rothschild); Dillon Read; Lehman Bros.; Goldman, Sachs; Chase Manhattan Bank; Morgan Guaranty Bank; Brown Bros. Harriman First National City Bank; Chemical Bank and Trust und Manufacturers Hanover Trust Bank.

Führende Männer von folgenden großen Gesellschaften sind Mitglieder des CFR: Standard Oil, IBM, Xerox, Eastman Kodak, Pan American, Firestone, US Steel, General Electric und American Telephone and Telegraph Company.

Ebenfalls Mitglieder der CFR sind Männer von so offensichtlich linksgerichteten Organisationen wie der Fabian Socialist Americans for Democratic Action (FS), die Socialist League for Industrial Democracy - früher Intercollegiate Socialist Society - und die United World Federalists, die offen zu einer Weltregierung mit den Kommunisten raten.

So ergebene sozialistische Arbeiterführer wie vormals Walter Reuther, David Dubinsky und Jay Lovestone waren ebenfalls Mitglieder des CFR. Man hält diese Männer und Organisationen doch für eingefleischte Gegner der oben aufgeführten Banken und Gesellschaften, dennoch gehören sie demselben Lager an. Es liegt auf der Hand, warum diese Tatsache nicht publik gemacht wird.

Das CFR ist völlig verknüpft mit den großen Stiftungen und den sogenannten "Denkfabriken". Mit eingeschlossen in diese Verknüpfung sind die Rockefeller-, Ford- und Carnegie-Stiftungen und die Rand-Corporation, Hudson Institut, Fund - for - the - Republic und Brookings Institute.



Unter den Kommunikationsgesellschaften, die im CFR vertreten sind, finden wir: National Broadcasting Corporation, Columbia Broadcasting Corporation, Time, Life, Fortune, Look, Newsweek, New York Times, Washington Post, Los Angeles Times, New York Post, Denver Post, Louisville Courier Journal, Minneapolis Tribune, die Knight-Zeitungen, McGraw-Hill, Simon & Schuster, Random House, Little Brown & Co., McMillan Co., Viking Press, Saturday Review, Business Week, Harper Bros, und den Club "Das Buch des Monats".



Wenn die Kontrolle einer Organisation über ein solches Aufgebot von Firmen unmöglich erscheint, so nur deshalb,

weil die meisten Leute nicht wissen, daß die Gründer solcher Giganten wie der New York Times und NBC (Nationale Rundfunkgesellschaft) von Morgan, Schiff und deren Verbündeten ausgewählt, finanziert und dirigiert wurden. David Ochs von der Times und David Sarnoff von der RCA (Radiogesellschaft von Amerika) sind Beispiele hierfür. Beide erhielten frühe finanzielle Hilfe durch Kuhn-Loeb & Co. und eine Morgan-Bürgschaft.

Alle diese Firmen und Gesellschaften haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Öffentlichkeit das CFR nicht entdeckt und seine Rolle bei der Erschaffung einer sozialistischen Welt-diktatur nicht ausfindig macht. ...

Stiglitz und der Herdentrieb

Der Nobelpreisträger und Informationsökonom Joseph E. Stiglitz läßt keinen Zweifel daran, daß eine kritische Presse dem Herdentrieb entgegenwirken könnte, der Spekulationsblasen entstehen läßt. Der Journalismus könnte für die nötigen "checks and balances" sorgen und "zur Gesundung von Märkten beitragen, die den Bezug zur Realität verloren" haben. Andererseits macht Stiglitz klar, weshalb solch ein Anspruch vielfach Wunschdenken bleibt: Journalisten "stehen nicht abseits vom Rest der Gesellschaft". Auch sie werden leicht von der Herdenmentalität erfaßt - es gebe starke Anreize, weshalb sie sich meist nicht "gegen den herrschenden Wind" stemmen könnten.

Auch Stiglitz sieht "in der symbiotischen Beziehung" zwischen Journalisten und ihren Quellen eine große Gefahr. Dieses enge Verhältnis füge der Gesellschaft oftmals Schaden zu. Zudem verleite "Hybris Journalisten zur Fehleinschätzung, sie könnten als Empfänger von Informationen verzerrte und fehlerhafte Darstellungen aussortieren, solange sie nur die Information selbst bekommen". Allzu oft flüchteten Redaktionen obendrein in "He said, she said-Berichterstattung", ein "einfaches, wenig ausgewogenes Reportieren der verschiedenen Positionen, ohne jedwede Analyse" - als würde "ein farbenblinder Reporter über den Himmel berichten und denen, die ihn für orangefarben erklären, gleiches Gewicht geben wie denen, die ihn für blau halten".

Offenbar ist diese Angst den Job zu verlieren, wenn etwas über die Bilderberger-Gruppe oder das CFR und dessen enge Verbindung zur Federal-Reserve und der US-Regierung, bis hin zur UNO offengelegt werden müßte sehr groß! Von Verschwörung überhaupt keine Rede aber von der Notwendigkeit einer "neuen Weltordnung" bestimmt, um die Massen auf das Kom-mende einzustimmen. Da jene Weltbürger vom Funktionieren der Demokratie überzeugt sind aber wenig bis nichts über biblische Vorhersagen wissen, unterstützen sie die Idee, die "Frieden und Sicherheit" verkünden wird!

(1. Thessalonicher 5,1-5) *Was nun die Zeiten und die Zeitabschnitte betrifft, Brüder, braucht euch nichts geschrieben zu werden.*

Denn ihr selbst wißt sehr wohl, daß Jehovas Tag genauso kommt wie ein Dieb in der Nacht. Wann immer sie sagen: "Frieden und Sicherheit!", dann wird plötzliche Vernichtung sie über-

fallen wie die Geburtswehe eine Schwangere; und sie werden keinesfalls entrinnen.

Ihr aber, Brüder, ihr seid nicht in Finsternis, so daß jener Tag euch so überfalle, wie er Diebe (überfallen) würde, denn ihr alle seid Söhne des Lichts und Söhne des Tages. Wir gehören weder zur Nacht noch zur Finsternis.

Es ist an jedem von uns, die Zeichen die Jesus für das herannahende Ende vorgab zu erkennen und selbst sich vor Gott rein zu erhalten! Mit dem Friedensjahr der UNO 1986 und den Friedensgebeten der Religionsführer in Assisi, dann Ende August 2001 mit dem Friedentreffen der religiösen Führer in New York vor der UNO im WORLD PEACE SUMMIT wurden erste Ankündigungen kommenden "Friedens und Sicherheit" ausgerufen!

(Daniel 2, 41-43) Und daß du die Füße und die Zehen teils aus geformtem Töpferton und teils aus Eisen bestehend sahst: Das Königreich selbst wird sich als geteilt erweisen, aber etwas von der Härte des Eisens wird offenbar in ihm sein, da du ja das Eisen mit feuchtem Ton vermischt erblickt hast.

Und was die Fußzehen betrifft, die teils aus Eisen und teils aus geformtem Ton waren: Das Königreich wird sich teils als stark erweisen und wird sich teils als zerbrechlich erweisen.

Daß du Eisen mit feuchtem Ton vermischt erblickt hast: Sie werden schließlich mit der Nachkommenschaft der Menschen vermischt sein; aber sie werden sicherlich nicht aneinanderhaften, dieses an jenem, so wie sich Eisen nicht mit geformtem Ton vermischt.

Anglo-Amerika, als die "Füße aus Eisen mit feuchtem Ton vermischt", wird trotz seiner scheinbaren Härte nicht zu bestehen vermögen. Die Demokratie erweist sich als schwach und die eisenharte Regierung wird das Aufbegehren der Völker nicht zu kontrollieren vermögen! Was aber schlußendlich den Zusammenbruch dieser Weltregierung bewirken wird ist das Einschreiten von Gottes eigenem Engelheer in Harmagedon. Dort wird jede Autorität und jede Machtstruktur dieses Systems zum Ende kommen! Das "Königreich der Himmel", das danach über die Erde zu herrschen beginnt ist eine vollkommene Theokratie und wird wahren Frieden und wirkliche Sicherheit für das ganze Millennium sicherstellen!

4. Die Idee von Colonel House: Zwei politische Parteien aber nur eine Ideologie die auf oberster Ebene verschmelzen

Colonel House war - es wurde schon erwähnt - der Auffassung, daß es zwei politische Parteien, aber nur eine Ideologie geben sollte - den Weltsozialismus. Genauso verhält es sich heute in Amerika. Obwohl es philosophische Differenzen zwischen den bodenständigen Demokraten und Republikanern gibt, wird man bei Betrachtung der politischen Parteien feststellen, daß diese Differenzen sich nach oben hin immer mehr verlieren. Schließlich verschwinden die Unterschiede ganz hinter der vom Establishment gemanagten Pressezensur. An der Spitze steht die Kontrolle des CFR.

George Wallace hatte recht, als er im Jahre 1968 behauptete, es gäbe zwischen den beiden Parteien nicht den geringsten Unterschied.

Folgende Mitglieder der Demokratischen Partei waren oder sind CFR-Agenten: Dean Acheson, Alger Hiss, Adlai Stevenson, John Kennedy, Robert Kennedy, Edward Kennedy, Averell Harriman, George Ball, Henry Fowler, Dean Rusk, Adam Yarmolinsky, Hubert Humphrey und John Lindsa.

Von den internationalen Bankiers wurden viele, die in der L. B. Johnson-Verwaltung tätig waren, für ihre Dienstleistungen mit bequemen und lukrativen Posten belohnt. Unterstaatssekretär George Ball kam zu Lehmann Brothers; Finanzsekretär Henry Fowler zu Goldman, Sachs & Co.; der Budget-Direktor Peter Lewis, Finanzuntersekretär Frederick Deming und der ehemalige Handelssekretär C. R. Smith wurden von Lazard Freres (Rothschild) aufgenommen. Fowler und Deming waren in hohem Maße für die Politik verantwortlich, die dazu führte, daß die Nationen Europas die Hälfte unseres Goldes beanspruchten und die US-Staatskasse all ihrer Silber-Reserven beraubt wurde, die sie während eines Jahrhunderts ange-

legt hatte. Wurden diese Männer aus Mitleid wegen ihrer Unfähigkeit oder zum Dank für ihre Verdienste belohnt?

Die Republikanische Partei wurde von folgenden Männern für das CFR kontrolliert: Dwight D. Eisenhower, John Foster Dulles, Thomas E. Dewey, Jacob Javits, Robert McNamara, Henry Cabot Lodge, Paul Hoffman, John Gardner, dem Rockefeller-Clan, Elliott Richardson, Arthur Burns, Henry Kissinger und Richard Nixon.

Es wurde zwar jede Verwaltung seit F. D. Roosevelt vom CFR beherrscht, die Nixon-Regierung hält jedoch durch die Berufung von 110 CFR-Mitgliedern in Schlüsselpositionen der Regierung den Rekord. Henry Kissinger repräsentiert das vollkommene Gegenteil von dem, wofür Richard Nixon in seiner Wahlkampagne einzutreten versprach. Liberale und Konservative sind sich einig, daß Kissinger bei weitem der bedeutendste Mann in der Nixon-Regierung ist. ...<<

Angriffe auf das Naturrecht

Die individuelle Freiheit ist kein Kulturgut. Sie war am größten vor jeder Kultur.

Sigmund Freud (1856-1939, österreichischer Arzt und Psychologe)

Die Menschenrechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit, auf Freiheit und rechtliche Gleichbehandlung sowie Schutz des Eigentums galten von Natur aus oder vom ersten Schöpfungstage an. Sie galten als angeboren, wurden demnach von niemandem gewährt und konnten deshalb auch nicht entzogen werden. Das wird mit den Attributen unverletzlich, unveräußerlich ausgedrückt. Jeder Rechtsstaat hatte deshalb bisher die Pflicht, diese Menschenrechte zu gewährleisten.

Seit dem 20. Jahrhundert gehörten in Staaten mit totalitären Herrschaftssystemen (wie z.B. Islamismus, Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus) Angriffe auf das Naturrecht zur täglichen Praxis

In der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart nehmen auch in den sogenannten demokratischen Staaten die Angriffe auf das Naturrecht unentwegt zu. Dazu gehören z.B. "Antidiskriminierungsgesetze", staatliche Eingriffe in das Ehe- und Familienrecht sowie in das Erziehungsrecht der Eltern, staatliche Legalisierung der unbefristeten Abtreibung, staatliche Förderung und Durchsetzung des Genderismus und andere menschenverachtende Maßnahmen.

"Menschenrechte", wie z.B. Menschenrecht auf Abtreibung", Menschenrecht auf Antidiskriminierung Menschenrecht auf Niederlassungsfreiheit, Menschenrecht auf staatliche Vollversorgung für alle Leistungsunwilligen auf Kosten der Leistungsträger usw., verstoßen zweifelsfrei gegen das Naturrecht sowie jahrhundertealte christliche Rechtsauffassungen und Traditionen.

Kritiker werden gewöhnlich mit der Behauptung zum Schweigen gebracht, daß das dem göttlichen Recht folgende Naturrecht nicht mehr dem Zeitgeist entsprechen würde und sich deshalb dem Genderismus beugen muß.

Wer heute den totalitären Islamismus wegen der "mittelalterlichen Rechtsprechung" kritisiert, muß sich die Frage stellen, ob es zum Beispiel für die gegenwärtigen staatlichen "Antidiskriminierungsgesetze" sowie für die staatliche Förderung und die Durchsetzung des menschenverachtenden Genderismus tatsächlich objektive Rechtsvorschriften gibt.

Da in den sogenannten demokratischen Staaten die Gender Mainstreaming-Ideologie ohne objektive Rechtsvorschriften durchgesetzt wird, gibt es auch keine Rechtfertigung mehr, um diktatorische Maßnahmen in totalitären Herrschaftssystemen (wie z.B. Islamismus, Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus) zu verurteilen oder abzulehnen.

Altbewährte kommunistische Gleichschaltung- und Umformungsmethoden

Besiegt sind wir; ob wir nun zugleich auch verachtet sein wollen, ob wir zu allen anderen Verlusten auch noch die Ehre verlieren wollen, das wird noch immer von uns abhängen.

Johann Gottlieb Fichte (1762-1814, deutscher Philosoph)

Die ideologischen Umerziehungsmaßnahmen der Neuen Weltordnung orientieren sich offensichtlich an den totalitären Gleichschaltung- und Umformungsmethoden des kommunistischen Herrschaftssystems:

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Bewußtseinsbildung" in der DDR (x009/74): >>Die Bedeutung der Bewußtseinsbildung ist in totalitären Herrschaftssystemen früher erkannt worden als in Demokratien, und der Ausdruck Bewußtseinsbildung entstammt daher auch ihrem Vokabular.

Auch die totalitäre Diktatur sucht ihre Bestätigung und Legitimation im "Volkswillen", veranstaltet zu diesem Zweck von Zeit zu Zeit akklamatorische Abstimmungen oder plebiszitäre Wahlen, muß aber deren Ergebnisse durch einen zentral gesteuerten Apparat der Bewußtseinsbildung, durch Polizeiterror und vielfach noch durch nachträgliche Fälschung manipulieren.

Vielfältige Methoden der Bewußtseinsbildung dienen dazu, die Bürger geistig und seelisch im Sinne des Machthabers zu formen, daß sie den ihnen vorgeschriebenen Denkstil annehmen und zu Urteilen und Entschlüssen kommen, die den Zielen der Regierung entsprechen.

In der SBZ wie in allen kommunistischen Staaten ist die Ideologie das wichtigste Argument der Bewußtseinsbildung. Genau dosierte Kenntnisse über diese Ideologie zu verbreiten, ist Aufgabe aller Institutionen zur Schulung, insbesondere der Kader.

Der Verbreitung der Ideologien und damit der Bewußtseinsbildung dienen aber auch das Erziehungswesen, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen sowie im weiteren Sinne alle Arten von Agitation und Propaganda, zur Bewußtseinsbildung gehört schließlich alles, was zur Festigung eines sozialistischen Bewußtseins und zur Ausrichtung eines jeden Bürgers der DDR auf die Staats- und Parteiziele beitragen kann, z.B. Kunst und Literatur, das Filmwesen und Produktionspropaganda.

Die kommunistische Bewußtseinsbildung ist in ihrem Wesen nach ausschließlich; sie schirmt darum die von ihr Erfassten gegen Einflüsse anderer geistiger Herkunft ab, vermeidet echte Diskussionen und ist intolerant und kritikfeindlich. Erfolg oder Mißerfolg der kommunistischen Bewußtseinsbildung sind nicht einheitlich zu beurteilen. ... Da viele Menschen bestimmte politische Begriffe überhaupt nur nach kommunistischer Definition kennen, bewegen sie sich in kommunistischen Kategorien auch dann, wenn sie gegen das Regime Stellung beziehen.

Folge der kommunistischen Bewußtseinsbildung ist auch, daß die Politisierung des gesamten Lebens hingenommen, ihr Fehlen im "Westen" unter Umständen als Schwäche empfunden wird.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Ideologie" in der DDR (x009/186): >>Wörtlich Ideenlehre ... In der modernen politischen Praxis dient die Ideologie der geistig-weltanschaulichen Verklärung und Rechtfertigung machtpolitischer Handlungen, vornehmlich in totalitären Staaten. Indem jeglicher Zweifel an ihrem Wahrheitsgehalt als sündhaftes Verbrechen erklärt und geahndet wird, erhält sie scheinreligiösen Charakter. Die Auslegung der "wahren Lehre" behalten sich die Machthaber jeweils im Sinne ihrer eigenen Interessen vor.

Der tatsächliche Einfluß einer Ideologie auf die Handlungen ihrer "Vollstrecker" ist schwer abzuschätzen. Auf jeden Fall ist er weitaus geringer als vorgegeben und auch als vielfältig angenommen wird. Wenngleich die bolschewistischen Machthaber bedenkenlos und zynisch

immer wieder gegen die Grundsätze ihrer Ideologie verstoßen, so sind ideologische Richtigkeitskämpfe mindestens als Ausdruck von Machtkämpfen von Bedeutung. - In letzter Konsequenz ist die Ideologie ein geistiges Instrument zur Ausübung der Macht.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Propaganda" in der SBZ (x009/343): >>... Nach herkömmlicher Auffassung wird unter politischer Propaganda eine Form der Aufklärung begriffen, die nicht so sehr den Verstand als die emotionalen Kräfte im Menschen anspricht und sich dazu weniger des überzeugenden Wortes in Rede und Schrift als vielmehr der massiveren und vielfach gleichzeitigen Wirkung von Bild und Ton bedient.

Die Wirkung der Propaganda ist unter rechtsstaatlichen Verhältnissen dadurch begrenzt, daß mißbräuchliche Anwendung ihrer Mittel leicht zurückschlägt, also der Absicht des Propagandisten entgegenwirkt, sei es, daß er durch allzu plumpe Methoden das Mißtrauen der Angesprochenen erregt, sei es, daß er durch Verstöße gegen die Wahrheit den Gegner auf den Plan ruft, der unter Umständen sogar Rechtsmittel gegen ihn in Anspruch nehmen kann.

Im totalitären Staatswesen (wie im Dritten Reich oder in der Sowjetunion und ihren Satelliten einschließlich der SBZ) fehlt es der politischen Propaganda an einer derartigen Kontrolle; infolgedessen beherrscht sie dort die staatsbürgerliche Aufklärung und das gesamte öffentliche Leben derart uneingeschränkt, daß schließlich die Bevölkerung jede amtliche Äußerung als Propaganda und damit als Schwindel ansieht.

Während in der Bundesrepublik die kritische Einstellung der denkenden Bürger die staatsbürgerliche Aufklärung weitgehend bestimmt, stellen die Propagandamethoden der SBZ eher noch eine Vergrößerung des nationalsozialistischen Propagandastils dar.

Unter dem Einfluß und nach dem Muster der Sowjetunion steuern Partei und Regime eine Propagandamaschinerie, die sich nicht nur der traditionellen Formen der Volksrede, der Plakate und Transparente bedient, sondern die vom Regime gegängelte Presse, den Rundfunk, den Film, das Theater, das Kabarett mit Beschlag belegt, vor allem aber die Bürger in den Aufklärungslokalen und in den von der Partei diktierten Briefaktionen beansprucht.

Obschon diese Häufung der Mittel die propagierten Lehren bei den Opfern der Propaganda nicht glaubwürdiger macht, darf man den einschüchternden Eindruck der Massierung nicht unterschätzen, dem vor allem die Jugend und leicht beeinflussbare Menschen ausgeliefert sind; er wird nur teilweise durch die Offensichtlichkeit von Schwindelparolen neutralisiert ...

Die Ausstrahlungen der sowjetzonalen Propaganda in die Bundesrepublik sind nur insoweit erst zu nehmen, als sie mit falschen Friedens- und Wiedervereinigungsparolen arbeitet ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Presse" in der DDR (x009/335-336): >>>Die Presse ist im kommunistischen Bereich eines der wichtigsten Mittel zur Massenbeeinflussung und zur Verbreitung der kommunistischen Ideologie.

Die gesamte Presse, über die eine Postzeitungsliste herausgegeben wird, ist Lizenzpresse. ... Zeitungslizenzen erhalten ausschließlich die SED, die Massenorganisationen und die durch die Blockpolitik gleichgeschalteten Parteien. ...

... Die Einheit der Nachrichtenpolitik wird durch den ADN gewährleistet.

Von der in der Verfassung (Art. 9) proklamierten freien Meinungsäußerung kann keine Rede sein.

... Inhaltlich unterscheiden sich die Zeitungen kaum. Der Nachrichtenteil unterliegt in gleicher Weise wie die redaktionellen Meinungsäußerungen der zentralen Lenkung. Auslandsmeldungen dürfen nur vom ADN übernommen werden. ...

Ebenso wie die Tagespresse sind die Wochen- und Monatszeitschriften der Massenorganisationen gelenkt. Sogar die Fach- und Sportpresse usw. besitzt einen umfangreichen politischen und ideologischen Teil.

Das Fehlen von objektiven Nachrichten und der eintönige Stil und Inhalt der sowjetzonalen Presse begründen ein starkes Bedürfnis nach westlicher Publizistik.

Die Verbreitung westlicher Presse wird als Hetze gegen die "sozialistische Ordnung" aufgefaßt und mit Zuchthausstrafen bedroht. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Nachrichtenpolitik" in der DDR (x009/301): >>>Die Nachrichtenpolitik wird als Mittel des Klassenkampfes angesehen.

"Es gibt keine Nachricht schlechthin", vielmehr besitzt "die Nachricht Klassencharakter". Grundsätzlich sollen nur solche Nachrichten veröffentlicht werden, die "den Leser am besten und lebendigsten von der Richtigkeit der Politik unserer Regierung zu überzeugen" vermögen (Neue Presse, Nr. 3/1954, S. 31). Nachrichten und parteilicher Kommentar werden nicht getrennt.

Die Einheitlichkeit der Nachrichtenpolitik wird durch das Nachrichtenmonopol des ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst) garantiert. Negatives darf nur im Rahmen der Kritik und Selbstkritik publiziert werden. Nachrichten aus der Sowjetunion und aus den anderen Ostblockstaaten werden von der sowjetischen Agentur TASS und den übrigen Ostblock-Agenturen übernommen.

Nachrichten westlicher Agenturen über die Bundesrepublik werden häufig sinnverfälschend zusammengestrichen oder verdreht. Über wirtschaftliche Fortschritte u.ä. in kapitalistischen Staaten darf positiv nicht berichtet werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über den "Rundfunk" in der DDR (x009/374): >>... Die Programmgestaltung des gesamten Rundfunks der SBZ ist der Propaganda und den sonstigen politischen Erfordernissen des Regimes angepaßt; sie erfolgt an Hand von detaillierten Weisungen der Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über das "Fernsehen" in der DDR (x009/127): >>... Das Fernsehen steht im Dienst der politischen Propaganda. "Die ständige Verbindung mit den Arbeitern in den Betrieben, den Bauern im Dorf verleiht auch dem Fernsehen den Charakter eines kollektiven Propagandisten, Agitators und Organisators" ("Der Rundfunk", Nr. 42/1952, S.2).

Das Fernsehen soll vor allem auf dem flachen Land eingeführt werden, weil Presse und Rundfunk dort die geringste Resonanz haben. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete im Jahre 1962 über die "Zensur" in der DDR (x009/499): >>>Nach dem Wortlaut der Verfassung findet in der SBZ "Pressezensur nicht statt", sind "die Kunst der Wissenschaft und ihre Lehre frei".

Vor- und Nachzensur durch die SMAD wurden von 1947 bis 1949 nach und nach aufgehoben, und die Kontrollfunktionen gingen auf deutsche, durchweg mit linientreuen Kommunisten besetzte Organe über.

Wie im Dritten Reich und in vielen anderen "modernen" totalitären Systemen wird mit den Methoden der Lizenzierung von Zeitungen und Zeitschriften, der Nachrichtenpolitik, der Zulassung, Anleitung und Kontrolle von Verlagen, Lektoren, Redakteuren Kulturschaffenden seitdem eine sehr wirksame Zensur ausgeübt; es werden also im allgemeinen nicht Konzepte oder Manuskripte, sondern Menschen zensiert, korrigiert und unter Umständen auch unterdrückt. Immerhin sind auch zahlreiche Fälle bekannt, in denen ausgedruckte Bücher, Zeitschriften- oder Zeitungsausgaben vor oder während der Auslieferung zurückgezogen und vernichtet oder abgeändert werden mußten.

Die Zensur der Presse funktioniert im allgemeinen so, daß Zeitungen vom Presseamt beim Ministerpräsidenten, Zeitschriften vom Ministerium für Kultur zensiert sein müssen (seit der Errichtung der DDR ist keine einzige Zeitung mehr lizenziert worden) und keine anderen

Nachrichten als die des ADN bringen dürfen; die Post befördert nur periodische Druckerzeugnisse, die in der Postzeitungsliste enthalten sind; alle Druckerzeugnisse bis hinunter zu den Briefbögen und Familienanzeigen müssen vor dem Druck (aus Gründen der Papierwirtschaft) zur Genehmigung vorgelegt werden; die Genehmigung wird versagt, wenn sie nicht "den Grundsätzen des sozialistischen Aufbaus sowie den kulturpolitischen Erfordernissen" entsprechen.

Schließlich wird häufig eine Nachzensur in der Form der öffentlichen Kritik und Selbstkritik geübt, die durch gelenkte "spontane" Mißfallensäußerungen der Werktätigen erzwungen oder unterstützt werden kann und bis zum Widerruf selbst wissenschaftlicher Arbeiten führt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Sprache" in der DDR (x009/414-415): >>Unter dem Eindruck des Parteijargons verändert sich die Schrift- und Umgangssprache der SBZ in einer Weise, die noch kaum untersucht wurde, hüben wie drüben aber von vielen Menschen als Symptom des Auseinanderlebens und der Entfremdung deutlich empfunden wird. ...

Das Weltanschauungsmonopol des Marxismus-Leninismus und dessen behauptete Wissenschaftlichkeit, die Ansprüche der Zentralverwaltungswirtschaft (Produktionssteigerung, Plan-Disziplin, Erreichung des "Weltniveaus"), der militante Stil des Klassen- und Friedenskampfes, die bewußte Anlehnung an die Sowjetunion - all das durchsetzt auf dem Wege über die Presse, Fachliteratur, Rundfunk, Schule, Schulung und kulturelle Massenarbeit, ja, selbst über Literatur, Theater, Kabarett das öffentliche und private Leben mit Elementen der pseudo-philosophischen, politökonomischen, militärischen Fachsprache.

Der Glaube an die Machbarkeit aller Dinge bestimmt (wie beim Nationalsozialismus) den Habitus des gesprochenen und geschriebenen Wortes; der ideologische Bruch der Doktrin (der Überbau hilft der Basis, Marxismus-Leninismus) nötigt zu sprachlichen Camouflagen (Tarnungen), ... der arglistigen Täuschung politisch Unerfahrener oder Schwankender dienen die Sinnverschiebungen bei Schlüsselbegriffen wie Demokratie, Freiheit, Frieden, Gesetzlichkeit, Mitbestimmung, Sozialismus, Wahlen usw., der Kampf gegen den "Klassenfeind", vor allem aber die Auseinandersetzung mit den ideologischen Abweichungen haben ganze Arsenale von Schimpf- und Schmähwörtern entstehen lassen, die für den Nichtkommunisten vielfach unverständlich sind (Objektivist, Praktizist, Versöhnler u.a.); Journalisten, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch Lehrer passen sich unter Zwang, den ideologischen Weisungen und Losungen der SED prompt zu folgen, oft auch unfähig zu selbständigem Denken und eigenem Ausdruck (oder deren Gefahren meidend) der Sprache der jeweils maßgebenden Parteigrößen an, und Nichtkommunisten folgten ihnen darin, entweder um sich zu tarnen, oder um das "Partei-Chinesisch", nur dem Ohr von Gleichgesinnten vernehmbar, ad absurdum zu führen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Antifaschistisch-demokratische Ordnung" in der DDR (x009/23): >>Im Parteijargon Bezeichnung für den politischen Zustand in der SBZ bis zur Verkündung des Aufbaus des Sozialismus.

Nach dem offiziellen (halbamtlichen) Lexikon der SBZ: "Durch die demokratischen Kräfte ... mit Hilfe der Besatzungsmacht" auf den Grundlagen der interalliierten Vereinbarungen entwickelte Staatsordnung, in der die Reste des Faschismus und Militarismus liquidiert, Monopole und Großgrundbesitz enteignet wurden" ("Lexikon von A-Z", Bd. I, S. 76).

Tatsächlich wurde die antifaschistisch-demokratische Ordnung bewußt als Instrument zur Vorbereitung der Bolschewisierung gehandhabt. Die bolschewistischen Vorstellungen hinsichtlich der Wiedervereinigung Deutschlands sehen mit der Forderung der Einführung der "demokratischen Errungenschaften" in der Bundesrepublik grundsätzlich vor, daß auch hier die antifaschistisch-demokratische Ordnung errichtet werden soll.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Freiheit" in der DDR (x009/140): >>... Ein Begriff der persönlichen Freiheit, wie er einen Grundwert abendländischer Gesittung darstellt, ist dem Bolschewismus fremd.

Der Einzelne könne erst im Einklang mit der Masse und in der Organisation seine Ziele verwirklichen. Das "Wir" wird dem "Ich" vorgeordnet. damit ist die persönliche Freiheit der politischen nachgeordnet, die einseitig auf das Eigentum an den Produktionsmitteln gegründet wird.

In den bourgeoisen" Gesellschaft gibt es demnach nur Freiheit für die Kapitalisten. Aber sie ist geschichtlich gesehen vorübergehend und wird nach den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung in der sozialistischen Ära durch die Freiheit aller abgelöst.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Gleichberechtigung der Frau" in der DDR (x009/160): >>Art. 7 der Verfassung der DDR bestimmt: "Mann und Frau sind gleichberechtigt ..."

In der Auslegung dieses Artikels weist die SED-Propaganda darauf hin, daß wirkliche Gleichberechtigung der Frau nur dadurch möglich wird, daß auch die Frau neben dem Mann einer geregelten Berufstätigkeit nachgeht. ... Mit der Parole "Einbeziehung der Frau in den Produktionsprozeß" versucht die SED, den akuten Arbeitskräftemangel zu verringern, und hofft, die Frauen an ihrem Arbeitsplatz besser politisch beeinflussen zu können. Bisher gelang es, 50-60 % der 6 Millionen Frauen im Alter zwischen 15 und 60 Jahren in die Produktion einzuspannen. ... 93 % aller berufstätigen Frauen arbeiten in den untersten Lohngruppen, gehören also zu den schlechtest bezahlten Arbeitskräften in der SBZ.

Die nichtberufstätigen Frauen werden aufgefordert, in Hausfrauenbrigaden einzutreten und sich an "freiwilligen", unbezahlten Sondereinsätzen, hauptsächlich im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes zu beteiligen. Allein bei einem kurzfristigen Fraueneinsatz 1959 sollen angeblich 1,8 Millionen fälliger Lohngehälter eingespart worden sein. Als Gegenleistung wird den Frauen versprochen, sie könnten gleichberechtigt jede Position erreichen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Tarnorganisationen" der DDR (x009/435): >>Organisationen unter kommunistischer Leitung, die besonders außerhalb des kommunistischen Machtbereiches nichtkommunistische und politisch indifferente Kreise bearbeiten.

Sie sollen kommunistische Gedanken verbreiten und Aktionen gegen gesellschaftliche und politische Ordnung der Freien Welt vorbereiten. Auch sind Tarnorganisationen scheinbar harmlose Aushängeschilder für "gesamtdeutsche Gespräche" und "Friedensaktionen" sowie Stützen der Infiltration und der eingeschleusten Agenten und Spione. ...

Neben internationalen Tarnorganisationen gibt es kleine, z.T. örtliche Tarnorganisationen, die als "Aktionsausschüsse, Kreise, Komitees" o.ä. auftreten. Sie sind gefährlich, weil sie sich örtlichen und zeitlichen Gegebenheiten anpassen und in der Lage sind, Mißstimmungen auch kleinerer Personengruppen auszunutzen. ...

... Sobald sie als kommunistische Werkzeuge entlarvt sind, stellen sie ihre Tätigkeit ein, um unter Führung der gleichen Leute, aber unter anderem Namen ihre Wühlarbeit wieder aufzunehmen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Strafpolitik" in der SBZ (x009/428-429): >>Eine richtige Strafpolitik soll gewährleisten, daß die noch vorhandene Kriminalität mehr und mehr verschwindet, und daß sich das sozialistische Bewußtsein in vollem Umfange entfaltet.

Um in der richtigen Weise mit strafrechtlichen Mitteln auf bestimmte Handlungen oder Unterlassungen reagieren zu können - um also eine richtige Strafpolitik zu treiben -, bedarf es einer ständigen Analyse der jeweiligen Situation im Klassenkampf. Anleitungen an die Richter für eine im Sinne der SED liegende Strafpolitik hat es wiederholt gegeben.

Von besonderer Bedeutung ist der Beschluß des Staatsrates "über die weitere Entwicklung der Rechtspflege" vom 30.1.1961. Dieser ordnet an, daß "gegenüber Feinden der Arbeiter- und Bauernmacht und solchen Personen, die schwere Verbrechen im Auftrage oder unter Einfluß imperialistischer Agenturen begehen, die Gesetze mit aller Härte" anzuwenden sind, während bei den anderen straffällig gewordenen Personen, deren Straftat zu ihrem sonstigen - politisch-sozialistischen - Verhalten in Widerspruch steht, "in der richtigen Weise zu differenzieren" ist.

Damit ist also das entscheidende Kriterium für eine strafrechtliche Sanktion und für die einer Straftat innewohnende Gesellschaftsgefährlichkeit darin zu sehen, ob der Täter als "Feind der Arbeiter und Bauernmacht" zu bezeichnen ist oder nicht.

In seiner Richtlinie Nr. 12 vom 22. April 1961 ("Neue Justiz" 1961, S. 289) erklärt das Oberste Gericht die Freiheitsstrafe als härteste staatliche Zwangsmaßnahme (neben der Todesstrafe) für notwendig "bei Verbrechen gegen den Frieden und die Deutsche Demokratische Republik, bei anderen schweren Verbrechen, insbesondere gegen das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung, und bei Verbrechen von Tätern, die aus bisherigen Bestrafungen keine Lehren gezogen haben oder sich hartnäckig einem geordneten Leben in der sozialistischen Gesellschaft entziehen".

Kurzfristige Freiheitsstrafen sollen in den Fällen verhängt werden, in denen der Charakter der Tat trotz des Fehlens schwerwiegender Folgen die sofortige kurzfristige Isolierung des Täters erfordert, um ihn der weiteren erzieherischen Entwicklung durch die Gesellschaft zugänglich zu machen.

Strafen ohne Freiheitsentzug erfordern eine "positive Grundeinstellung des Täters zur Gesellschaft, zum sozialistischen Staat". Sie sollen angewendet werden gegen Personen, die aus zeitweiliger Undiszipliniertheit oder Pflichtvergessenheit, aus ungesichertem gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtsein, anderen rückständigen Auffassungen oder aus persönlichen Schwierigkeiten Straftaten begehen, ohne sich damit außerhalb der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu stellen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Hetze" in der DDR (x009/179-180): >>... "Staatsgefährdende Propaganda und Hetze" (ist ein) politischer Straftatbestand im Strafergänzungsgesetz vom 11.12.1957 (§ 19).

Mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten, in schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft, "wer den Faschismus oder Militarismus verherrlicht oder propagiert oder gegen andere Völker oder Rassen hetzt, oder wer gegen die Arbeiter- und Bauernmacht hetzt, gegen ihre Organe, gegen gesellschaftliche Organisationen oder gegen einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit oder seiner Zugehörigkeit oder gesellschaftlichen Organisation hetzt, Tötlichkeiten begeht oder sie mit Gewalttätigkeiten bedroht".

Das entscheidende Merkmal "hetzt" ist bewußt allgemein gehalten und läßt eine gleich weite Auslegung wie der Begriff Boykotthetze zu.

... Bei der Beurteilung, ob eine Äußerung Hetze im Sinne des § 19 Strafergänzungsgesetz ist, kann nicht allein von ihrem Wortlaut ausgegangen werden. Entscheidend sind vielmehr die äußeren und inneren Umstände, die zu ihrer Bekanntgabe führten und Aufschluß darüber geben, ob damit andere Bürger gegen die Deutsche Demokratische Republik aufgewiegelt werden sollten" (... "Neue Justiz" 1958, S. 717).

... Der Tatbestand der Hetze ist zu bejahen, wenn es sich bei dem Täter um einen "Feind der sozialistischen Staatsmacht und Gesellschaftsordnung" handelt. Während Hetze in aller Regel nicht anzunehmen ist, wenn der Täter nur ein "irregeleiteter" oder "im Bewußtsein zurückgebliebener" Mensch ist. ...<<

Genderismus

Wie viele Dinge es doch gibt, die ich nicht brauche!

Sokrates (469-399 v. Chr.), griechischer Philosoph

Im September 1995 wurde das sogenannte "Gender-Mainstreaming" während der 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking eingeführt. Es ging damals zunächst lediglich um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Beseitigung patriarchaler Rückstände.

Beim sogenannten Genderismus handelte es sich jedoch tatsächlich vor allem um die zwangsweise Durchsetzung von Pseudo-Antidiskriminierungsmaßnahmen und um ideologische Umerziehungsmaßnahmen, die darauf abzielten, unsere christlich-bürgerliche Gesellschaft zu spalten sowie wesentliche demokratische Grundrechte abzuschaffen.

Es ist ein gemeingefährliches Sozialexperiment (Schaffung einer multiethnischen, multikulturellen, multireligiösen und letzten Endes antidemokratischen Gesellschaft mit entwurzelten, egoistischen, rücksichtslosen, stupiden Einheitsmenschen). Diese "multikulturellen Einheitsmenschen" sollen mit "speziellen Erziehungsprogrammen" (nach dem Vorbild der totalitären Herrschaftssysteme, wie z.B. Islamismus, Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus) ohne Geschlecht (Genderismus), ohne eigenen Nationalstaat (ohne Herkunft und Heimat), ohne Geschichte und Kultur (Multi-Kulti), ohne eigene Identität und schließlich ohne stabile familiäre Bindung (Leben in Großkommunen) formatiert werden.

Die atheistische, freimaurerische Gender-Ideologie ist nachweislich eine gottes- und menschenfeindliche Weltanschauung, die vor allem durch die "Umwertung aller Werte" die Moral, die bürgerliche Familie, die christliche Kultur und die nationalen Rechtsstaaten zerstören will. Diese schändliche Einmischung in alle Lebensbereiche der Bürger und Familien wurde nachweislich von der UN eingeleitet und durchgesetzt, um den angestrebten totalitären NWO-Einheitsstaat bzw. Weltstaat zu verwirklichen.

Widerstand gegen die totalitäre "New World Order" bzw. "Neue Weltordnung"

Nur wer nie aufhört zu wollen, wird einmal erfahren, was er vermag.

Rudolf G. Binding (1867-1938, schweizerischer Dichter)

Infolge der jahrzehntelangen Umerziehung ist das überlieferte jahrhundertealte Naturrecht fast vollständig aus dem Bewußtsein der Deutschen verschwunden. Trotz alledem ist und bleibt der Mensch im Gegensatz zu Tieren und Pflanzen ein vernunftbegabtes, geistiges und rational handelndes Lebewesen. Vor allem die geistigen Fähigkeiten und die Vernunft unterscheiden die Menschen von allen anderen Lebewesen. Menschen besitzen nach wie vor aufgrund ihres Verstandes die Fähigkeit des richtigen Erkennens und Beurteilens und können jederzeit zwischen guten und schlechten Handlungen unterscheiden sowie ihre natürlichen Triebe unterdrücken und umformen.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtete damals über die Vernunft (x816/-146): >>... In letzterer Bedeutung heißt derjenige vernünftig, dessen Verhalten im allgemeinen durch seine Vernunft, dessen Glauben insbesondere durch seine theoretische Vernunft (wissenschaftlich begründete Überzeugung, Nationalität), dessen Wollen durch seine praktische Vernunft (sittliches Vernunftgebot, Moralität) und dessen (künstlerisches) Schaffen durch seine ästhetische Vernunft (ästhetisches Ideal, Genialität) ausschließlich bestimmt, also frei (autonom, selbstgesetzgebend), ist.

Vernunft im erstgenannten Sinn ist einem Gerichtshof zu vergleichen, welcher nach unparteiischem Zeugenverhör der für und widersprechenden Aussagen über Schuld oder Unschuld des Angeklagten seine Erkenntnis fällt, daher die Vernunft, welche bezüglich Wahrheit oder Falschheit, Löblichkeit oder Verwerflichkeit, Schönheit oder Häßlichkeit dasselbe tut, auch Erkenntnisvermögen genannt wird. Dieselbe setzt, da sie ihr Urteil immer aus Gründen ablei-

tet, einerseits Verständnis (der Gründe), andererseits Verständigkeit (im Schließen), überhaupt Verstand, wie dieser seinerseits einen Vorrat durch Sinn und Erfahrung gegebener Vorstellungen voraus.

Der des Verstandesgebrauchs (zum Verstehen, wie der Blödsinnige; zum verständigen Denken, wie der Narr) gänzlich oder (wie der vom Rausch, Schlaf, Affekt übermannte) vorübergehend Beraubte ist auch der Vernunft unfähig. Wie die Entscheidung des Gerichtshofs, hat jene der Vernunft einen normativen (nach Kant regulativen) Charakter; dieselbe schreibt vor, was vernünftigerweise als wahr, gut und schön anerkannt, als solches geglaubt, gewollt und geschaffen werden soll.

Wird bei der Begründung derselben nur auf die nächsten und näheren Gründe Bezug genommen, so heißt die Vernunft reflektierend und ihr Verfahren (vernünftige) Überlegung; wird dagegen bis zu den letzten, einer weitem Begründung weder fähigen (Prinzipien, Axiome) noch bedürftigen (Ideen, evidente Urteile) Gründen zurückgegangen, so heißt die Vernunft spekulierend und ihr Verfahren (vernünftiges) Nachdenken (Philosophie).

Letzteres, als vollkommenste Form der Begründung, wird wohl auch vorzugsweise Vernunft und die Philosophie als Wissenschaft von den Prinzipien und Ideen vorzugsweise Vernunftwissenschaft genannt. Gegensatz der Vernunft in diesem Sinn ist die Unvernunft, welche entweder (aus Unverstand) keinerlei Gründe vernimmt, oder (aus Unverständigkeit) auf keine solchen hört (grundlos urteilt); ferner die Widervernunft, welche ihr Urteil durch andre als sachliche Gründe (z.B. durch die Motive der Furcht, Hoffnung, Mode, des Zwanges, der Autorität etc.), und die Scheinvernunft, welche dasselbe durch falsche (d.h. den Schlußatz nur scheinbar begründende) Gründe bestimmen läßt (Sophistik).

Gegensatz der Vernunft in der zweiten Bedeutung, bei welcher dieselbe mit der Freiheit (Autonomie, Selbstgesetzgebung) identisch erscheint, ist die Unmündigkeit, welche entweder, wie der seiner Vernunft bleibend (wie der Wahnsinnige) oder vorübergehend (wie der Leidenschaftliche) Beraubte, keine (vernünftige) Einsicht besitzt, oder, wie die Willkür, ihren Willen nicht durch Gründe bestimmen läßt (grundlos will); ferner die Unfreiheit (Heteronomie), welche ihr Wollen durch andre Gründe als durch das Vernunfturteil (durch Hoffnung auf Lohn, durch Furcht vor Strafe etc.), und die Scheinfreiheit, welche dasselbe durch das Urteil einer (sophistischen) Scheinvernunft bestimmen läßt. Insofern der Mensch beiderlei Arten der Vernunft fähig ist, verdient er den Namen Vernunftwesen.<<

Die "Neuen Weltordnung" strebt mit Hilfe ihres weltweiten Netzwerkes (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.) in absehbarer Zeit eine Weltgesellschaft aller Weltbürger in einem totalitären Welteinheitsstaat mit einer diktatorischen Weltregierung und "ausgewählten NWO-Führern", mit einem Weltparlament, mit einem Weltgerichtshof, mit einer Weltbank, mit einer Weltarmee und einer Weltpolizei an.

Wer gegen Naturgesetze verstößt, verursacht zwangsläufig schwere Schäden, die oftmals nicht sofort, sondern erst nach einer gewissen Zeit eintreten. Wenn man gegenwärtig z.B. Menschenrechte für freie sexuelle Orientierung und sexuelle Perversionen aller Art, für Abtreibung bzw. Ermordung von ungeborenen Kindern, für Selbstmord im angemessenen Alter oder bei Hilfsbedürftigkeit fordert, offenbart diese perfide Entwicklung nur, daß diese "neuen Menschenrechte" die Menschen zukünftig nicht schützen sollen, sondern letzten Endes als NWO-Werkzeuge zur totalen Versklavung der Menschen genutzt werden.

Dieser totalitäre Welteinheitsstaat (ein Machtzentrum, ideologische Ausrichtung und politische Gleichschaltung der Bevölkerung, verbunden mit pseudodemokratischen Elementen) dient nicht dem Schutz von Menschenrechten und fördert nicht das friedliche Zusammenleben der Menschen, sondern Handlungen, die in der Absicht begangen werden, nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als solche ganz oder teilweise zu zerstören, erfüllen

gemäß UN-Resolution vom 9.12.1948t den Tatbestand des Völkermordes.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. ...<< Alle Menschen, die noch über einen gesunden Menschenverstand verfügen, sind verpflichtet, die Vernichtung der bisherigen menschlichen Lebensformen nicht widerstandslos hinzunehmen, denn das Hauptziel der Neuen Weltordnung ist es, die Grundlagen der menschlichen Gemeinschaft zu zerstören.

Widerstand gegen die totalitäre "New World Order" bzw. den größten Verbrechenskomplex der Weltgeschichte ist jederzeit möglich, wie z.B. die Schweiz und Norwegen bewiesen haben, die aufgrund von Volksabstimmungen - gegen den Willen der Regierungen - nicht der Europäischen Union beigetreten sind.

Das Naturrecht darf nicht weiterhin als menschenverachtendes Experimentierfeld mißbraucht werden, deshalb sind die größtenwahnsinnigen NWO-Führer und ihre multilateralen Verbrecherorganisationen mit aller Kraft und allen Mitteln zu bekämpfen, bevor sie das Naturrecht völlig liquidieren und alle Nationalstaaten auslöschen können.

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das Ziel, ein perfides totalitäres System der planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Dieses gemeingefährliche "Sozialexperiment", monoethnische und monokulturelle Nationalstaaten in multiethnische Staatsfragmente zu verwandeln, ähnelt zweifelsfrei den Vorgängen in den kommunistischen Ländern, als man im 20. Jahrhundert neue "sozialistische Einheitsstaaten" ("Paradiese auf Erden") mit beliebig manipulierbaren Einheitsmenschen schaffen wollte.

Die verhängnisvollen kommunistischen Sozialexperimente kosteten schließlich nachweislich Millionen von Menschenleben. Die französische Zeitschrift "Figaro" berichtete z.B. im November 1978 von 142.133.700 Blutopfern, mit denen die Kommunisten ihr "Sozialexperiment" (sog. "Sozialistische Weltrevolution") bezahlten.

Die Sozialexperimente der totalitären Herrschaftssysteme des Faschismus, des Nationalsozialismus und des Islamismus forderten ebenfalls Millionen von Menschenleben.